

EUROPAINSTITUT der Universität Basel

Georg Kreis
**Etappen auf dem Weg der französisch-deutschen
Verständigung bis 1963**

- mit einem Ausblick auf die Zeit danach und
einem Beitrag von Marie-Noëlle Brand Crémieux

BASLERSCHRIFTEN zur europäischen Integration Nr. 94

Das **Europainstitut der Universität Basel** ist ein rechts-, politik- und wirtschaftswissenschaftliches Zentrum für interdisziplinäre Lehre und Forschung zu europäischen Fragen. Das Institut bietet ein einjähriges, praxisbezogenes und interdisziplinäres Nachdiplomstudium zum *Master of Advanced Studies in European Integration* an, die Vertiefungsstudien *Major in Conflict and Development* und *Major in International Business* sowie neu auch ein massgeschneidertes Zertifikatsprogramm (*Certificate of Advanced Studies*). Daneben führt das Institut zusammen mit der Juristischen, der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel einen *Masterstudiengang European Studies* durch. Es finden ausserdem regelmässig spezielle Weiterbildungskurse, Seminare und Vorträge statt. In der Forschung werden in Zusammenarbeit mit benachbarten Instituten sowohl fachspezifische wie multidisziplinäre Themen bearbeitet. Das Europainstitut ist als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Verwaltung beratend tätig. Die vollständige Liste aller bisher erschienenen Basler Schriften findet sich online (siehe Dokumentation).

www.europa.unibas.ch

ISBN-13: 978-3-905751-19-2

ISBN-10: 3-905751-19-4

Georg Kreis, Prof. em. Dr. phil., war von 1993 bis Sommer 2011 Leiter des Europainstituts der Universität Basel. Daneben wirkte er viele Jahre als Ordinarius für Neuere Allgemeine Geschichte und Schweizergeschichte am Historischen Seminar der Universität Basel.

BASLERSCHRIFTEN zur europäischen Integration Nr. 94

Georg Kreis
**Etappen auf dem Weg der französisch-deutschen
Verständigung bis 1963**

**- mit einem Ausblick auf die Zeit danach und
einem Beitrag von Marie-Noëlle Brand Crémieux**



Französisch-deutscher Gütertransport um 1952 als spektakuläres Resultat friedlicher Kooperation mit symbolischem Aufwand gefeiert, inzwischen - vgl. nächste Seite - zu selbstverständlichen Schnelltransporten für alle und von allem und ausgewachsen (Bilder: Dok. G.K.).



Quantitativ erfassbare Verdichtung der Partnerschaft.

Inhaltsverzeichnis

I. Georg Kreis: Etappen auf dem Weg der französisch-deutschen Verständigung bis 1963 - mit einem Ausblick auf die Zeit danach

Vorbemerkung	9
1. Der Ausgangspunkt von 1945	16
2. Die weitere Entwicklung in den zwischenstaatlichen Beziehungen	27
3. Die weitere Entwicklung in den zivilgesellschaftlichen Beziehungen	40
4. Die Entwicklung in den Sachbeziehungen	51
5. Zum Schluss	65
6. Literatur	71

II. Marie-Noëlle Brand Crémieux: La réconciliation à l'épreuve de la réunification. Les réactions des Français face à une grande Allemagne en 1989-1990.

81

I. Etappen auf dem Weg der französisch-deutschen Verständigung bis 1963 - mit einem Ausblick auf die Zeit danach

Vorbemerkung

Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel bemerkte 2007 im Geleitwort zu einer Schrift über die französisch-deutschen Beziehungen, dass die Verständigung 1945 eingetreten sei und dass bei dieser Verständigung Deutschland und Frankreich einen „erfolgreichen gemeinsamen Weg“ zurückgelegt hätten.¹ Diese Meinung entspricht einer sehr gängigen, nicht falschen, aber auch nicht ganz richtigen Auffassung. Die Differenz zwischen „nicht falsch“ und „nicht ganz richtig“ betrifft vor allem zwei wesentliche Punkte:

1. Der angesprochene Vorgang setzte nicht gleich nach dem Krieg ein, und 2. war es vor allem in den ersten Jahren kein partnerschaftlicher Prozess. Wie es der Gattung von staatspolitisch gut gemeinten Vorwörtern entspricht, wird die Problematik gerne als für beide gleichartig dargestellt.² Man darf sich indessen durchaus bewusst machen, dass es in den Nachkriegsjahren um eine Annäherung zwischen einem Sieger und einem Besiegten ging.

1 Vorwort zu: Erbfeinde-Erbfreunde, vgl. Anm. 9.

2 Sätze wie die Folgenden suggerieren eine Symmetrie, die so nicht bestand: „Trotz der Wunden, die Deutschland Frankreich zugefügt hatte, näherten sich schon bald beide Staaten vorsichtig einander an.“ Oder: „Beide Länder haben immer auch voneinander profitiert...“ (Ludwigsburger Schrift von 2007, S. 7). Für die 1950er Jahre gibt es sprechende Belege symmetrischer Problembilder: Carlo Schmid erklärte beispielsweise, was dem je anderen nachgesagt wurde, sei oft nichts anderes als der Bodensatz gewesen, den man auf dem Grunde seiner eigenen Seele fand. Und Karl Rauch empfahl die Meinung, dass es in Frankreich wie in Deutschland eine bessere und je schlechtere Seite gäbe und es an den beiden guten Seiten sei, sich miteinander zu verbünden. In: Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Stuttgart 1954, S. 12 und S. 238.

Und noch ein 3. Punkt: Es war eine gemachte und nicht, wie Staatspräsident Charles de Gaulle anlässlich des 1963 abgeschlossenen Elysée-Vertrags bemerkte, eine „von den Umständen verordnete Versöhnung“.³ Dazu brauchte es aber Verantwortungsträger, welche die Umstände im Sinne eines konstruktiven Verständnisses gestalteten. Mithin lässt sich auch die Frage nicht vermeiden, inwiefern die persönliche Verständigung zwischen den politischen Häuptionern von Bedeutung war. Von wem wurde die Versöhnung, wenn es doch nicht nur die Umstände waren, bewusst herbeigeführt und willentlich gefördert?

Die ersten Schritte auf diesem Weg mussten zunächst vor allem von der Siegerseite ausgehen. Anfänglich bestand aber auf französischer Seite und gerade auch bei de Gaulle durchaus eine gewisse Tendenz, mit einer gegenüber Deutschland verfolgten Degradierungsstrategie die Fehler von Versailles 1919 zu wiederholen. Dann führten allerdings auf unerwartete Weise doch bestimmte „Umstände“ - vor allem die von den USA moderierte und finanzierte Westlagerbildung im Kontext des Kalten Kriegs sowie die Stärkung des von Anfang an auch in Frankreich bestehenden Lagers der Kooperationisten - zu einem kooperativen Verhältnis zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern.

Verständigung und Versöhnung: Ersteres war die Voraussetzung für Letzteres, und Letzteres war die Folge von Verständigung. Dafür gibt es noch zwei weitere Bezeichnungen: einmal einleuchtend die der Annäherung (*rapprochement*) und nur teilweise stimmig die der Normalisierung (*normalisation*). Ein anderer Begriff war derjenige der Konvergenz (*convergence*) und, auf französischer Seite von den Förderern der Annäherung verwendet, der „*désintoxication*“.⁴

3 Pressekonferenz vom 14. Januar 1963. In: Charles de Gaulle, *Discours et messages*, Bd. IV, Paris 1970, S. 76. Zit. nach Ludwigsburger Schrift von 2007 (vgl. Anm. 9).

4 Von Robert Schuman in einer Rede vom 23. Oktober 1953 verwendet, zit. bei Lappenküper in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005.

Die Annäherung fand auf ideeller wie auf praktischer Ebene statt. Die Normalisierung könnte man als „Zwischenzustand“ verstehen, es wäre aber auch denkbar, dass die Beziehungen von der Distanz direkt zur Nähe übergingen, von einer negativen direkt in eine positive Spezialbeziehung, die dann als Partnerschaft, sogar Verbrüderung aufgefasst wurde. Es besteht eine gewisse Tendenz zur Verklärung und verbalen Verbrämung bei der Bezeichnung der französisch-deutschen Beziehungen, ob nun vom „*couple*“, das im Deutschen übrigens keine wirkliche Entsprechung hat, oder von zwischenstaatlicher „Freundschaft“ die Rede ist.⁵ Ein weiterer Begriff, dem wir begegnen werden, ist die „entente“, aber keine „*entente cordiale*“, die historisch bereits besetzt ist, sondern bescheiden nur eine „*bonne entente*“- eben Verständigung nicht nur als punktuelle Übereinstimmung, sondern als Grundzustand.⁶ Man kann sich im Weiteren fragen, ob sich diese „entente“ aus Grundübereinstimmung oder aus Komplementarität ergab.⁷

1970 bemerkte Gilbert Ziebura gegen die Freundschaftsrhetorik kritisch, „dass immer noch jede der beiden Gesellschaften so reagiert, als wäre sie sich selbst am nächsten.“⁸ Das ist wohl auch noch vier Jahrzehnte später weiterhin der Fall und soll auch so

5 Bereits 1946 gab es auf Grund von Churchills Zürcher Rede das Bild von der französisch-deutschen Zwangsvermählung und später, nach dem staatlichen Eheabschluss, immer wieder auch das Bild von der möglichen Scheidung (divorce). Vgl. Joseph Jurt, *Le couple franco-allemand. Naissance et histoire d'une métaphore*. In: *France-Allemagne. Passions croisées. Cahiers d'études germaniques 2001/2 - No. 41*, S. 51-60.

6 Die „entente cordiale“ meint die französische Verständigung mit dem anderen „Erbfeind“ England 1904 nach einem Vorläufer von 1840. Vgl. Kreis, 2004.

7 Die Nachbarn Deutschland und Frankreich werden gerne als in idealer Weise komplementäre Nationen gesehen. So bemerkte Jean-Paul Picaper, Bonner Korrespondent des „Figaro“, zu den 300 französischen Käsesorten würden die 300 deutschen Brotsorten passen (Erwin Märki, in: *Basler Zeitung* vom 22. Januar 1988).

8 Ziebura, 1970/1997, S. 13.

sein dürfen. Vielmehr geht es um die Frage, wie weit der spezielle Partner in diese eigene Nähe unmittelbar einbezogen und selbst bei immer wieder aufkommenden Differenzen berücksichtigt wird. Die bisherigen Bemerkungen bezogen sich auf eine der jüngsten Schriften zur Frage aus dem Jahr 2007.⁹ Über den ganzen Fragenkomplex ist schon viel publiziert worden. Im Anhang hält eine Auswahlbibliografie einige Titel fest, in denen wieder weitere Bibliografien zu finden sind. Als Basis für die vorliegende Auswertung haben vor allem gedient: auf deutscher Seite die beiden umfangreichen Studien von Gilbert Ziebura (1997)¹⁰ und von Ulrich Lappenküper (2001) sowie auf französischer Seite Hélène Miard-Delacroix/Rainer Hudemann (2005) und Corine Defrance (2005/2010). Doch wie es dann so geht und wie die Bibliografie zeigt, mussten zahlreiche weitere Publikationen beigezogen werden, ist doch im vergangenen Jahrzehnt zu diesem Thema viel gearbeitet worden.

Ziel der hier präsentierten Schrift ist es, auf Grund dieser Literatur etwas intensiver als bisher nach den Stationen und Etappen in diesem Prozess zu fragen. Dieses Fragen verfolgt die doppelte Absicht, einerseits an sich das Verständnis für diesen zentralen Vorgang der europäischen Nachkriegsgeschichte zu schärfen und andererseits eine Vergleichsfolie für andere Annäherungsprozesse bereitzustellen, wie sie z.B. zwischen Teilen des ehemaligen Jugoslawien wünschbar wären. Den Modellcharakter der deutsch-französischen

9 Erbfeinde-Erbfreunde. Die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur. Begleitband zu einer Ausstellung des Deutsch-Französischen Instituts. Ludwigsburg 2007.

10 Im Falle Zieburas handelt es sich um eine leicht erweiterte zweite Version einer bereits 1970 erschienenen Ausgabe. Diesem Autor ging es vor allem darum, die rituelle Beschwörung der deutsch-französischen Freundschaft zu entmystifizieren und unter der Oberfläche die realen Machtverhältnisse und Interessenkonstellationen zu analysieren. In seiner zweiten Ausgabe bezeichnet er die Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realität als inzwischen noch unerträglicher geworden und schädlich für die Beziehungen der beiden Länder.

Aussöhnung hatte auch US-Präsident Bush (sen.) bei der Eröffnung der Nahostkonferenz in Madrid im Herbst 1991 betont.

Dabei ist es klar, dass die Vergleichsvorgänge in unterschiedlichen Verhältnissen, Rahmenbedingungen, Zeiten angesiedelt sind. Der Vergleich strebt überhaupt keine Gleichsetzung an, vielmehr soll er das je eigene deutlicher erscheinen lassen. Achtet man auf die Prozessdauer, werden die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bewusst: Mit Hinblick auf Schumanns öffentlich verkündetes Partnerschaftsangebot von 1950 stelle man sich, um die Kürze der Zeit zu ermessen, vor, dass das Angebot heute ergangen und der Zweite Weltkrieg erst 2006 zu Ende gegangen wäre, und frage sich, wie weit 2006 für uns zurückliegt, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass in jener für uns noch immer nahen Zeit beispielsweise der Streit um dänische Mohammed-Karikaturen ausbrach, der noch immer lebende israelische Regierungschef Ariel Sharon ins Koma fiel, das Todesurteil gegen Saddam Hussein vollstreckt wurde. In solchen Vergleichen sind wir eher in der Lage zu ermessen, was Annäherungen verschiedener Art zwischen Gegnern eines blutigen Grosskriegs bereits nach vier oder fünf Jahren bedeuteten.

Dieser Teil der Studie beschränkt sich auf die Zeit bis 1963, das heisst die Jahre bis zum Abschluss des Elysée-Vertrags. Mit diesem wichtigen Abkommen war zwar noch nicht die Qualität der heutigen Partnerschaft erreicht.¹¹ Zudem wird zu Recht immer wieder gesagt, dass diese „Staatenfreundschaft“ kein Selbstläufer sei, sondern stets beinahe „neu“ geschaffen und erworben werden müsse. Andererseits wird, wiederum zu Recht, betont, es sei nicht zutreffend, wenn man meine, dass erst mit dem Elysée-Vertrag Verständigung und Versöhnung eingetreten seien. So kann man diskutieren, ob „1963“ ein beinahe abschliessender Kontrakt oder bloss ein Auftakt zu einer neuen Ära gewesen sei. Ein historiografischer Ansatz, mit dem man seit ein paar Jahren arbeitet, will aufzeigen, dass in beträchtlichem

11 Vgl. Kimmel/Jardin, 2002.

Ausmass bereits vor 1963 Bemühungen um Annäherungen stattgefunden haben. Dennoch kann man sagen, dass der Vertrag von 1963 die Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarn offiziell besiegelt hat.¹²

Es ist angezeigt - und zwar auf beiden Seiten des Rheins - , zwischen zwei Entwicklungen zu unterscheiden: zwischen der Entwicklung auf der zwischenstaatlichen und der Entwicklung auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Forschung hat sich bisher vor allem mit den Vorgängen auf der zwischenstaatlichen Ebene befasst, die, wenn die Archive zugänglich sind, grundsätzlich einfacher durchzuführen sind und nach der klassischen Methode der Diplomatiegeschichte durchgeführt werden. Die Abklärungen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene sind schwieriger und aufwändiger; sie aber bilden für die Wissenschaft eine besondere Herausforderung und entsprechen auch dem stärker gewordenen Interesse an Basisvorgängen, die von der ersten substantiellen Publikation treffend als „travaux de fourmilles“ bezeichnet worden sind.¹³ Nach der Umschreibung der Ausgangslage werden die beiden folgenden Abschnitte zwischen diesen beiden Ebenen unterscheiden und in der Darlegung der Realbeziehungen zwischen „oben“ und „unten“ wiederum gemischte und verzahnte Verhältnisse besprechen.

„1963“ steht für den Durchbruch und hat in der öffentlichen Meinung speziell der beiden Länder sicher einiges bewegt. Es ist vielleicht kein Zufall, dass kurz darauf das französische Chanson „Göttingen“ auf beiden Seiten Furore machte. Im Juli 1964 setzte die 34jährige Monique Serf (mit Künstlerinnennamen Barbara) ihre gute Erfahrung anlässlich eines Göttinger Gastspiels mit einem Chanson in ein warmes Plädoyer für die Völkerverständigung um. In der 8. Strophe entschuldigt sie sich dafür („*que les autres me pardonnent*“), dass sie die Meinung vertritt, dass die

¹² Lappenküper, 2001, S. 1907.

¹³ Damit sind die Aktivitäten in der Zeit gemeint. Deren historische Rekonstruktion könnte man, was den Aufwand betrifft, ebenso bezeichnen. Vgl. Miard-Delacroix/Hudemann, 2005, S. 18.

Kinder in Paris und in Göttingen die gleichen sind. Auf deutscher Seite wurde dann anerkennend festgestellt: „Durch die ausserordentliche Beliebtheit, die das Chanson in Frankreich erreichte, leistete Barbara einen wichtigen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung.“¹⁴

Das kleine Projekt , das nur den Charakter einer Bestandesaufnahme hat, konnte mit der finanziellen Unterstützung der Stiftung des Europainstituts durchgeführt werden. Dafür sei ihr in aller Form gedankt. Gewisse Vorarbeiten für die Studie zu den deutsch-französischen Beziehungen hat Lic. phil. Daniel Hofer übernommen. Prof. Ulrich Lappenküper (Friedrichsruh) und Prof. Joseph Jurt (Freiburg i.Br./Basel) haben mit wertvollen Kommentaren zu Verbesserungen der ersten Niederschrift beigetragen. Hilfreich waren auch die Hinweise von Dr. Pia Nordblom (Mainz).

Von Prof. Rainer Hudemann (Saarbrücken) habe ich sozusagen im letzten Moment noch einige sehr wertvolle Ratschläge aufnehmen dürfen. Lic. phil. Tanja Popović hat den anderen Teil der Studie zu den Entwicklungen in Ex-Jugoslawien übernommen; dieser soll zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit den komparativen Überlegungen separat publiziert werden. Die hiermit publizierte Schrift wird um einen Text von Dr. Marie-Noëlle Brand Crémieux erweitert, die auf Grund ihrer 2004 erschienenen Dissertation darlegt, wie sich das deutsch-französische Verhältnis im Moment der Wiedervereinigung von 1990 präsentiert hat. Ein herzlicher Dank geht an Tanja Popović und Julia Schramm für das Lektorat und die Endredaktion.

Basel, am 8. Mai 2011

G.K.

14 www.stadtarchiv.goettingen.de/personen/barbara.htm

Ô faites que jamais ne revienne,
Le temps du sang et de la haine,
Car il y a des gens que j'aime,
A Göttingen, à Göttingen.

Barbara, 1965

1. Der Ausgangspunkt von 1945

Welches waren 1945 die für die deutsch-französischen Beziehungen relevanten Gegebenheiten? Mit der Umschreibung des Ausgangspunkts setzen bereits die Deutungsprobleme ein. Ausser dem eindeutigen Faktum des Sieges auf der einen und der Niederlage auf der anderen Seite gibt es keine Eindeutigkeit. Aber es gab Interessen und es gab Erfahrungen. Beides war wegen der unterschiedlichen aktuellen Lage und der je eigenen Geschichte ebenfalls unterschiedlich.

Die Interessen: Auf französischer Seite standen das Sicherheitsinteresse und das Interesse an materieller „Entschädigung“ beziehungsweise Stützung im Vordergrund. Auf deutscher Seite bestand das primäre Interesse darin, den Status eines gleichberechtigten, souveränen und wenn möglich ungeteilten Staates wieder zu erlangen.

Die Erfahrungen: Sie kreisten auf beiden Seiten um die von Deutschland ausgehenden Bedrohungen. Während sich in Frankreich die Frage stellte, wie man diesbezüglich mit Deutschland umgehen soll, bestand die analoge Frage auf deutscher Seite darin, wie man gleichsam mit sich selbst umgehen soll. Für (West)Deutschland war die Haltung vorgezeigt; es ging darum, diesbezüglich vertrauensbildend tätig zu sein. Frankreich dagegen stand vor der Wahl, seine Ziele über anhaltende Vorherrschaft oder über aufbauende Partnerschaft zu verfolgen.

Wie bei allen bilateralen Länderbeziehungen muss man auch in diesem Fall davon ausgehen, dass auf allen Seiten auf mehreren Ebenen unterschiedliche Haltungen in verschiedenen Schattierungen vorliegen und man dieser Komplexität nicht gerecht wird, wenn über solche Beziehungen in vereinfachenden Aussagen gesprochen wird. Und doch gibt es dominante beziehungsweise prioritäre Zielsetzungen und in gewisser Hinsicht mindestens nicht unberechtigte Bilder (Perzeptionsmuster) als wegleitende und sich selbst bestätigende Realitäten. Im Folgenden wird, ebenfalls vereinfachend, zwischen Haltungen nicht nur der einen und der anderen Seite, sondern auch der Kader und der Basis unterschieden. Es geht vor allem um die expliziten Haltungen zum deutsch-französischen Verhältnis und nur sekundär um die stillen Praktiken.

Neben den bewusst eingenommenen und expliziten Haltungen gab es jedoch in der Tat auch die nur praktizierten Beziehungen, die ohne übergeordnete Absichten im Rahmen der Gegebenheiten gelebt wurden. Daniel Frei unterscheidet im umfassenden Integrationsprozess mehrere Ebenen, welche drei Teilprozesse analytisch schärfer auseinanderhalten, als sich die Verhältnisse in der Realität präsentierten.¹⁵ Es sind dies die institutionelle Ebene, die sozialpsychologische Ebene und die Ebene der realen Transaktionen. Die wichtige Frage besteht darin, wie sich die verschiedenen Ebenen wechselseitig beeinflussen. Sind es die Institutionen, welche ein Bewusstsein und eine Einstellung herbeiführen, sind es Bewusstsein und Einstellungen, welche die Schaffung von Institutionen ermöglichen? Und wie hängen die realen Transaktionen (vom Güterverkehr über den Tourismus bis zu national gemischten Ehen) von den Verhältnissen auf den beiden anderen Ebenen ab und beeinflussen diese wieder?

Für unser Thema ist sodann wichtig, welche Bedeutung die Vorstellung der „Erbfeindschaft“ hatte. Obwohl im Begriff grundsätzlich ein

¹⁵ Daniel Frei, Integrationsprozesse. Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen. In: Die Identität Europas. Hg. v. W. Weidenfeld. München 1985. S.11-131.

ausgewogenes, symmetrisches Verständnis eines beinahe „natur“-gegebenen, jedenfalls in die Geschichte gleichsam eingeschriebenen Gegensatzes angelegt ist, bestand seine Funktion vor allem darin, die Gegenseite als Gefahr zu deuten.¹⁶ Der Begriff dürfte auf österreichisch-deutscher Seite aufgekommen sein und nach dem Krieg von 1870/71 stärkere Bedeutung erlangt haben, zumal er in dieser Epoche als „*ennemi héréditaire*“ jetzt auch auf französischer Seite wichtig wurde, allerdings nicht auf Deutschland, sondern auf Preussen bezogen.¹⁷ Dazu gibt es eine reiche Literatur.¹⁸ Heute wird der Begriff vor allem zur Bezeichnung von etwas Überwundenem verwendet.¹⁹ In der Zeit um und nach 1945 dürfte im öffentlichen Diskurs wenig davon die Rede gewesen sein, in Frankreich aber die Tendenz bestanden haben, in Deutschland die „ewige“ Gefahr zu sehen.²⁰

16 Joseph Jurt vermutet, dass der Begriff ‚Erbfeind‘ theologischen Ursprungs sein könnte, eine Analogiebildung zum Terminus „Erbsünde“, die säkularisiert von einer Generation zur anderen weitergegeben würde. Zu unterscheiden wären aber die älteren, rein dynastischen Gegensätze und die seit der französischen Revolution zusätzlich mit Volkstum aufgeladenen nationalen Gegensätze (Kommentar Mai 2011).

17 Dazu passt die Deutung, dass Bismarck auch darum Elsass-Lothringen annektiert habe, um die Feindschaft sozusagen zu verewigen. Aus einer bestimmten französischen Perspektive wurde auch Grossbritannien als Erbfeind gesehen. Vgl. Kreis, 2004 und 2007.

18 Ziebura, 1997, S. 16. Des Weiteren: Pabst, 1983. - Knipping/Weisenfeld, 1988. - Bosbach, 1992. - Jeismann, 1992. - Andreas Suter, Nationalstaat und die „Tradition von Erfindung“. Vergleichende Überlegungen. In: Geschichte und Gesellschaft 25 1999, S. 138-161.

19 Sprechendes Beispiel: die zitierte Publikation von 2007 in Anm. 9. - Oder der Buchtitel von Schwarz 1992 oder auch der Titel von Klaus Wilsberg „Terrible ami - aimable ennemi“. Bonn 1998. - Klaus Harprecht sagte vom Begriff der Erbfeindschaft, es sei ein „blutiger Mythos“, der ein „tragischer (und zugleich dummer) Irrtum“ gewesen ist (Die ZEIT vom 21. Januar 2010 zum 50 Jahr-Jubiläum der Präsidentschaft de Gaulles). Adenauer griff das Wort in seinem bekannten ZEIT-Interview vom 3. November 1949 auf und bezeichnete es mit Hinweis auf Europa als „völlig unzeitgemäß“.

20 Strickmann, 2004, bezieht sich darauf, wenn er im Titel „l'Allemagne éternelle“ der

Frankreich

Zunächst setzte Frankreich, ähnlich wie nach 1918, auf Dominanz, auch wenn partnerschaftliche Ansätze von Anfang an ebenfalls gegeben waren. Für die Pflege der Dominanzstrategie sprach die Vorstellung, dass es einen säkularen Gegensatz - eben eine Erbfeindschaft - gebe und die beiden Nationalitäten die Negation der je anderen wären. Zum französischen Dominanzkonzept gehörten:

- die Mitwirkung an der Besetzung und militärischen Verwaltung Westdeutschlands²¹,
- die entschiedene Erwartung, dass Deutschland inskünftig stark dezentralisierte Strukturen auferlegt bekommen müsse²²,
- neben der „Verselbständigung“ des Saarlands, möglicherweise auch andere informelle Gebietsabtretungen vor allem am linken Rheinufer²³,
- internationale Kontrolle der Ruhrindustrie mit französischer Beteiligung (Dez. 1948),

„Allemagne nouvelle“ gegenüberstellt.

21 Das französische Sicherheitsinteresse liess de Gaulle Anfang 1945 eine Besatzungszone fordern, die sich vom Rhein als ‚Arterie‘ von Köln bis nach Lindau erstrecken sollte. Pierre Maillard hob indes hervor, dass de Gaulle nie an eine Annexion des Rheinlandes dachte. In: Jurt, 1993, S. 50ff.

22 Pierre Maillard führt diese Strategie nicht bloss auf die Sicherheitsinteressen Frankreichs zurück, sondern auch auf den ausgesprochenen Geschichtssinn de Gaulles, in dessen Augen der föderalistische Staatsaufbau der historischen Tradition Deutschlands entsprach. Maillard, Pierre, De Gaulle et l'Allemagne. Paris 1990, S. 88. Ähnlich äusserte sich auch Churchill in seiner bekannten Zürcher Rede vom September 1946. Vgl. auch Poidevin/Bariéty, S. 424. - Loth, 1989/90, und Hudemann, 1990.

23 Knipping hebt die territorialen Ambitionen, gestützt auf de Gaulles Rede vom 5. Oktober 1945 vor den französischen Besatzungsvertretern in Baden-Baden, hervor (1988, S. 142f).

- wirtschaftliche Entschädigungen²⁴ sowie
- innenpolitische Entlastung durch Pflege von Maximalforderungen.²⁵

Ein wichtiges Begleitprogramm in der Verfolgung dieser prioritären Ziele bestand darin, zusammen mit den Westalliierten die Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft zu fördern.²⁶ Frankreich verstand sich als Mutterland der Demokratie, und es konnte als Sieger (trotz der Vichy-Kollaboration) für sich den Status der Rechtschaffenheit beanspruchen. Raymond Aron berichtet, dass nach Kriegsende in Frankreich eine „extreme Deutschfeindlichkeit“ geherrscht und Frankreich für seine

24 Hudemann (2008, S. 206) weist, gestützt auf zwei Monographien (Eck 2003, Libera 2007), auf die Differenzen zwischen der am langfristigen Erfolg interessierten Verwaltung und den kurzfristigen Interessen der französischen Privatwirtschaft hin.

25 Hüser, 1996, S. 90, ist der Meinung, dass das Herauskehren der harten Seite der französischen Deutschlandpolitik vor allem die Funktion hatte, die Erwartungen der Bevölkerung bzw. des Wahlvolkes zu befriedigen. Hierin liegt ein zentraler Aspekt der Problematik, wie sie sich auch bei den ex-jugoslawischen Vergleichsgrößen stellt. Vgl. insbesondere auch den Abschnitt „Erklärungsmuster“ (S. 586f), in dem allerdings auch eingeräumt wird, dass sich der Kausalnexus zwischen öffentlicher Meinung und praktischer Politik nicht unmittelbar nachweisen lasse (S. 587).

26 Darin lag ein deutlicher Unterschied zu 1918. Sicherheitspolitik bedeutete jetzt nicht mehr nur die Schaffung eines Sicherheitsglacis an der Ostgrenze und die Ausschaltung wesentlicher Teile des deutschen Wirtschaftspotentials. René Rémond sieht einen weiteren wichtigen Unterschied darin, dass im Ersten Weltkrieg das deutsche Volk als Ganzes als Feind betrachtet wurde („les boches“), während man im Zweiten Weltkrieg zwischen dem deutschen Volk und den Nationalsozialisten unterschied. Es ging nicht mehr bloss um eine nationale, sondern um eine ideologische Auseinandersetzung. „Dans la première après-guerre la défiance ne désarme guère à l'égard de l'Allemagne: ceux qui militent pour un rapprochement sont dénoncés comme de mauvais Français; après 1945 l'opinion ne met que quelques années à considérer l'antagonisme franco-allemand comme dépassé“ (Rémond 1989, S. 305; Hinweis Joseph Jurt).

Truppen ein Fraternisierungsverbot erlassen habe.²⁷ 1945/46 bezweifelte eine Mehrheit der Franzosen die Möglichkeit eines grundsätzlichen Wandels der Deutschen.²⁸ Die Mitwirkung an der „Umerziehung“ ging immerhin davon aus, dass sich die Deutschen wandeln könnten und nicht „ewig“ die gleiche Gefahr für Frankreich und Europa blieben.

Es stellte sich die Frage, ob man und in welchem Mass man die Vorstellungen, die sich mit der Bezeichnung „boche“ verbanden, abbauen oder gar beseitigen konnte.²⁹ Der „boche“ kam als Inbegriff des Bösen um 1890 auf, er hatte in den Jahren des Ersten Weltkriegs seinen Höhepunkt, konnte sich während der Zwischenkriegszeit halten, erlebte im Zweiten Weltkrieg aus naheliegenden Gründen nochmals Auftrieb, so dass es um 1945 noch einen starken Bestand gab, den es über die „Annäherung“ abzubauen galt.

Auf französischer Seite war die erste, bis Mitte 1947 dauernde Phase noch weitgehend von Frankreichs traditionellen Hegemonievorstellungen geprägt.³⁰ Frankreich wollte als geschwächte Nation zur alten Grösse zurückkehren und dieses Ziel teils gegen, teils mit Deutschland verfolgen. Doch auch die an der Londoner Sechsmächtekonferenz vom Juni 1948 ins Auge gefasste Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde von Frankreich nur widerwillig mitgetragen.³¹ Jenes Verhandlungsergebnis bildete darum nicht wirklich eine erste Station auf dem Weg der Annäherung. General de Gaulle betrachtete die Zustimmung gar als eine Abwendung von der traditionellen französischen Deutschlandpolitik.

27 Marielouise Christadler, Der Einfluss französischer Intellektueller auf Nachkriegs-Deutschland. In: Klaus Manfrass/Jean-Pierre Rioux (Hg.), France-Allemagne 1944-1947. Paris Dez. 1989/Jan. 1990. S. 267-284.

28 Ziebura, 1997, S. 57.

29 Vgl. Wolfgang Leiner, 1870/71 - Wandel des Deutschlandbilds im Spiegel der französischen Literatur. In: Knipping/Weisenfeld, 1988, S. 28-46. Zit. S. 42.

30 Ebenda, S. 63.

31 Lappenküper, 2001, S. 41f.

1945-1948 verhielt sich Frankreich alles in allem gegenüber Deutschland nach dem bilateralen Dominanzmodell beziehungsweise der „politique punitive“.³² Frankreich führte ein hartes Besatzungsregime. Wegleitend waren neben der Befriedigung momentaner Bedürfnisse (durch industrielle Demontage, Wohnraumkonfiskation für Besatzer³³, aber auch durch rücksichtslose Holzeinschläge im Schwarzwald) vor allem längerfristige Sicherheitsziele: die Etablierung der wirtschaftlichen Vorrangstellung Frankreichs und der Aufbau einer stabilen Demokratie.³⁴

Einen aufschlussreichen Hinweis auf die frühere und die später dann aufkommende Haltung gegenüber Deutschland und dem gleitenden Übergang von der einen in die andere Phase gibt eine von Franz Knipping (heute Wuppertal) eingefangene und weitergegebene Stimme: Es ist der Kommentar des politischen Beraters General Königs, Jacques Tarbé de Saint-Hardouin, vom November 1948 zu einem deutschen Presseartikel. Er spricht darin von einer „tiefgreifenden Veränderung, die sich seit mehreren Monaten bereits in der französischen Deutschlandpolitik zeigt“ und die sich beschleunigt fortsetze und volles Gewicht erlange. Jetzt gehe es um europäische Zusammenarbeit, wie sie bereits Henri IV und Sully angestrebt hätten und - „zum ersten Mal“ - nicht mehr um die traditionelle Politik Richelieus.³⁵

32 Formulierung in Marie-Thérèse Bitsch, *La triple option de Paris: Pour une Europe supranationale et sectorielle autour d'un noyau franco-allemand*. In: Andreas Wilkens (Hg.), *Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen*. Bruxelles 2004. S.149-168. Zit. S. 155.

33 Während die beiden angelsächsischen Zonen mit durchschnittlich 3 Besatzern auf 1'000 auskamen, beanspruchte die französische Zone deren 18 (Jurt, 2011).

34 Knipping sieht einen wichtigen Wendepunkt in der Stellungnahme der französischen Regierung zum Marshallplan vom 27. Juni 1947 (1988, S. 148) und betont, dass Frankreichs Umorientierung in „relativ kurzer Zeit“, ja „plötzlich“ eingetreten sei. Die Preisgabe des Dominanzkonzepts sei aber nur ein halber Verzicht gewesen, weil sich dieses Ziel in der veränderten Lage erübrigt habe (1988, S. 149 u. S. 155).

35 Kommentar zum Artikel von Richard Tüngel in der ZEIT vom 21. Oktober 1948, in

Die französische Besatzungspolitik war nicht aus einem Guss und hatte mehrere Gesichter. Wirtschaftlichen Härten („Franzosenhiebe“) standen fortschrittliche Massnahmen im sozialen Bereich gegenüber.³⁶ Im Land Baden wurden umfangreiche Neuordnungsvorstellungen im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich diskutiert und auf den Weg gebracht. Die französische Besatzungsmacht gestattete den Deutschen schon 1947/48 soziale Selbstverwaltung, während in der amerikanischen und britischen Zone Entsprechendes bis 1953 nicht möglich war. Wenn die Franzosen den Deutschen in den Ländern ihrer Zone breite Spielräume für eine Reformpolitik offen liessen, die in bestimmten Bereichen weiter reichten als in der Bi-Zone, dann auch, weil sie überzeugt waren, dass die eigene Sicherheit nur durch eine demokratische Neuordnung im Nachbarland garantiert werden konnte.³⁷ Hier ist auch der Einsatz für die Ausbildung neuer Eliten im europäischen und Frankreich zugewandten Geist zu nennen. Er führte insbesondere zur Reaktivierung der Universität Mainz bereits 1946, 1947 zur Entstehung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und im gleichen Jahr des Auslands- und Dolmetscherinstituts in Germersheim sowie 1950 zur Gründung des Instituts für Europäische Geschichte auf Initiative der französischen Militärregierung.

Es besteht eine gewisse Tendenz, die harten Jahre bis 1948/49 aus der Perspektive der erst später eingetretenen Kooperationsphase weicher darzustellen, als sie waren, nämlich als entgegenkommende Ouvertüre des späteren französisch-deutschen *Rapprochements*. In Forschungsdebatten wird zudem gerne das Gegenteil von dem gesagt, was andere zuvor etabliert haben. Darum wurde darauf hingewiesen, nachdem man das französische Dominanzmodell historiographisch

einem Schreiben an Robert Schuman vom 6. November 1948, vgl. Knipping, 1988, S. 155.

³⁶ Dazu am ausführlichsten Hudemann, 1988.

³⁷ Mitteilung Jurt, Mai 2011, gestützt auf Fässler 1992, S. 39-56, und Wolfrum 1992, S. 21-38.

sichtbar gemacht hat, dass diese Sicht zu einfach sei, dass es in Frankreich schon immer zwei Deutschlandpolitiken gegeben habe, neben der harten auch eine entgegenkommende.³⁸ Dietmar Hüser hat dazu schon 1996 ein zentrales Referenzwerk publiziert. Hüser weist nach, dass Ansätze zu einer kooperativen Deutschlandpolitik in der französischen Administration, insbesondere der Monnet-Gruppe, bereits 1944-1946 entwickelt und Dominanzhaltungen, weil nicht durchsetzbar, aus eigener Überzeugung oder aus Einsicht in die Realitäten intern aufgeben worden sind.³⁹ Er bringt seine Einsicht diesbezüglich so auf den Punkt: Nicht Dominanz oder Integration seien die Frage, sondern Dominanz und Integration die Praxis gewesen - eine Art relative integrative Dominanz.⁴⁰ Und Rainer Hudemann betont etwa zum gleichen Zeitpunkt, dass dank des neuerlichen Archivzugangs auch die flexible Seite der französischen Politik sichtbar geworden sei.⁴¹

38 Marcowitz 2005, S. 25. Aus der Zeit der Militärbesetzung gab es insofern auch positive Folgewirkungen, als Angehörige des Besatzungsdienstes nach ihrer Rückkehr nach Frankreich in der Verwaltung oder in der Erwachsenen- und Jugendbildung für eine Annäherung eintraten. Vgl. Katja Manetschke, in Schwabe, 2005, S. 192.

39 Dietmar Hüser, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive - Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und aussenpolitischen Krisenzeiten 1944-1950. Berlin 1996. S. 723. Ist bereits 1994 als von Rainer Hudemann betreute Dissertation der Universität Saarland angenommen worden.

40 Hüser, 1996, S. 581.

41 Rainer Hudemann ist es ein Anliegen, dass diese Jahre nicht als „eine Zeit der reinen Konfrontation“ gesehen werden. Die inzwischen zugänglichen französischen Akten würden ein differenzierteres Bild vermitteln. Vgl.: Die französische Besetzung in Deutschland nach 1945. In: Wolf D. Gruner/Klaus-Jürgen Müller (Hg.), Über Frankreich nach Europa. Hamburg 1996. S. 443-473. Wichtig ist für ihn auch der Prokonsuleffekt aus einer Identifikation der Verantwortlichen mit dem anvertrauten Gebiet gegen die Zentrale des eigenen Landes (S. 464). Die Wahrnehmung des französischen Regimes in der deutschen Bevölkerung sei vor allem darum derart negativ gewesen, weil man frühere Erfahrungen oder Bilder auf die einrückenden Franzosen projiziert habe (S. 467).

Hudemann macht darauf aufmerksam, dass selbst General de Gaulle, wie seine Direktive vom Juli 1945 zeige, die Dimension der Verständigung nicht ausgeschlossen habe.⁴² Man müsse die Vieldeutigkeit der französischen Erklärungen berücksichtigen sowie die Praxis, die beträchtlich sanfter war als die harten Erklärungen. Letztere hätten zudem die Funktion gehabt, einerseits die eigene Bevölkerung zu beruhigen und andererseits bei den alliierten Partnern mehr herauszuholen.⁴³

Diese sicher gerechtfertigten Korrekturen (Revisionen) sollten aber nicht dazu führen, dass dabei die doch gegebenen Dominanzambitionen wiederum zu klein gesehen werden. Hudemann geht es darum, aufzuzeigen, dass die französische Politik nicht „*purement revancharde*“ war und er räumt ein, dass sie nicht von einem „*angélisme de réconciliation*“ bestimmt war.⁴⁴

Die schwierigen Seiten der „Franzosenzeit“ bildeten alles in allem keine schwer zu übersteigende Barriere der danach einsetzenden Annäherung. In der Zeit selber wurden vor allem die Härten unterstrichen und kritisiert. Für den SPD-Politiker Kurt Schumacher etwa waren die

42 Direkt zur Direktive, Hudemann, 1987, S. 19ff. Allgemein dazu Hudemann, 2010a, S. 46ff.

43 Ebenda, S. 52. Hudemann bemerkt zudem, dass das Bild von Frankreichs harter Deutschlandpolitik durch die amerikanischen Urteile nach 1945 geprägt worden sei (S. 49).

44 Hudemann 2010b, S. 224. Dies wird auch durch das von Hudemann vorgezeichnete Bild zusätzlich bestätigt. Die „ambivalente“ Politik (sic!) lasse sich in drei Pfeilern begreifen, die mit *grandeur*, *sécurité* und *charbon* zu umschreiben seien. Die *démocratisation* ist da nur ein Unterpfeiler des Sicherheitspfeilers und die Kulturpolitik der Unterpfeiler des Unterpfeilers der Demokratisierung (2010a, S. 47). Wichtig ist das Argument, dass Frankreich mit der Ausbeutung wesentlich weiter hätte gehen können und, wenn es dies nicht tat und in die Demokratisierung und die Kultur investierte, ihm die konstruktive Haltung gegenüber der deutschen Seite wichtig und ernst war.

Franzosen sogar die „Westrussen“.⁴⁵ Aus einer gewissen Distanz ist es heute möglich, ein differenzierteres Bild zu haben. Der Freiburger/Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum plädiert dafür, dass die Rückblicke die destruktive wie die konstruktive Seite anerkennen sollten.⁴⁶

(West)Deutschland

Deutschland war besiegt und besetzt - das waren auf deutscher Seite nicht gerade einladende Voraussetzungen, um allgemeine Vorstellungen zu entwickeln, wie das künftige Verhältnis zu Frankreich sein sollte. Die Zielsetzung der westdeutschen Interessenvertreter waren gegeben und einleuchtend: Man wollte den Status eines fremdbestimmten Objekts gegen den Status eines selbstbestimmten Subjekts austauschen und dabei die Position eines möglichst gleichwertigen Partners Frankreichs wiedererlangen.

Konrad Adenauer, der erste westdeutsche Bundeskanzler, setzte auf europäische Verständigung und ökonomische Zusammenarbeit mit Frankreich und auf kulturelle Annäherung an Frankreich.⁴⁷ Erst bei eini-

45 Kurt Klotzbach, Die deutsche Sozialdemokratie und der Schuman-Plan. In: Klaus Schwabe (Hg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Baden-Baden 1988. S. 333-344. Zit. S. 339. Ausführlich zur Opposition auch Pierre Gerbet, La Construction de l'Europe. Paris 1983. S. 127-133.

46 Gute Verdichtung ohne speziellen Anlass: Edgar Wolfrum, Die Rache der Franzosen. In: Die ZEIT vom 18. Mai 2000. Siehe auch seine Dissertation: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Düsseldorf 1991. Sowie seinen Beitrag über kollektive Alltagserfahrungen in der französischen Besatzungszone nach 1945 in: Joseph Jurt (Hg.), Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse. Freiburg i. Br. 1992. S. 21-38. Ferner vom gleichen Herausgeber den Nachfolgebund: Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation. Freiburg i. Br. 1993.

47 Lappenküper, 2001, S. 1863.

germassen fortgeschrittenem Kooperationsstadium, wenige Wochen vor der Verkündung des Schumanplans, erlaubte sich Konrad Adenauer im März 1950 Vorstellungen zum deutsch-französischen Verhältnis öffentlich zu präsentieren und sogar eine Fusion beider Staaten mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft und gemeinsamem Parlament vorzuschlagen.⁴⁸

2. Die weitere Entwicklung in den zwischenstaatlichen Beziehungen

Im März/August 1948 machte dann die Zusammenlegung der französischen Besatzungszone mit der angelsächsischen Bi-Zone zu einer Tri-Zone den Weg frei für die Schaffung eines „ganzen“, wenn auch nicht voll souveränen Staats auf der deutschen Seite. In der Gestaltung der zwischenstaatlichen Beziehung spielte Frankreich aus naheliegenden Gründen die dominierende Rolle. Wenn es zu Annäherung oder gar Versöhnung kommen sollte, musste der erste Schritt von dieser Seite ausgehen, wie dies 1950 mit dem Schumanplan auch eintreten sollte.⁴⁹ Der deutschen Seite war Zurückhaltung geboten, doch schloss dies nicht aus, die bereits genannten offensichtlichen Ziele (Gleichstellung im Rahmen eines Integrationsmodells) konsequent zu verfolgen. Die Frage, wie das konkret geschah, konzentriert sich auf Konrad Adenauer als das Haupt der politischen Regierung. Zu Recht hat man sich aber auch gefragt, welche Rolle Theodor Heuss, der Bundespräsident der Jahre 1949-1959, gespielt hat. Guido Müller bemerkt, dass Heuss Adenauer durchwegs gestützt und die deutsch-französische Annäherung

48 Trausch, 1995, S. 120. Und Zieburg, 1997, S. 79. Das war aber nur ein Versuchsballon. Als der Pan-Europa-Führer Richard Coudenhove-Kalergi 1955 seinerseits mit einem Unionsvorschlag kam, fand er bei Adenauer kein Gehör. Vgl. Michael Gehler, *Deutsch-französische Union oder Achse Berlin-Moskau-Peking? 1955/56*. In: König/Schulz, 2004. S. 528-536. Zit. S. 533.

49 Vgl. Lappenküper, 2001, S. 1864.

wie die europäische Integration nüchtern und pragmatisch befürwortet habe. Bemerkenswert waren die Schwierigkeiten im Bereich der Besuchsrituale: Es kam kein präsidentieller Staatsbesuch in Frankreich zustande, die Kontakte hatten auf deutschem Boden stattzufinden.⁵⁰ Adenauer dagegen reiste wiederholt nach Frankreich, 1951, 1954, 1956, 1958... Er unternahm in seiner Amtszeit 1949-1963 insgesamt 54 wichtige Auslandsreisen; 21 Reisen führten ihn nach Frankreich.⁵¹

Erst die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes und die damit einhergehende Westlagerbildung sowie die von den USA mit dem Marshallplan eingeleitete und auch von Frankreich benötigte OEEC-Hilfe zwangen Frankreich, um 1948 das unilaterale Dominanzmodell zu Gunsten eines multilateralen Integrationsmodells aufzugeben. Doch auch von der zweiten Phase wird zu Recht gesagt, dass es weniger um Aussöhnung oder Beendigung einer historischen Fehlentwicklung gegangen sei als „um die machtpolitische Gewissheit, den neuen Herausforderungen der Nachkriegszeit, des Kalten Krieges und der bipolar geordneten Staatenwelt nur gemeinsam gewachsen zu sein“.⁵² Der Multilateralismus bot zudem den Vorteil, Frankreich nicht direkt einer Zweier-Union auszusetzen, in der erneut die alte Polarität hätte aufkommen können.

Die Weiterentwicklung vom Integrationsmodell zum bilateralen Partnerschaftsmodell war dann eine Sache erst der Jahre 1958-1963.⁵³ Georges-Henri Soutou zeigt indessen - etwas überraschend - auf, dass selbst beim letzten Modell noch immer Dominanzvorstellungen oder mindestens Kontrollwünsche mitspielten und Frankreich dieses schon

50 Guido Müller, 2004. S. 80.

51 www.konrad-adenauer.de/index.php?menu_sel=13&menu_sel2=62&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=264

52 Lappenküper, 2001, S. 1861.

53 Gleiches wird von Adenauer gesagt: Er sei am Anfang der 1950er Jahre weit weniger auf das „couple franco-allemand“ ausgerichtet gewesen als um 1958 (Andreas Wilkens).

seit 1954 anstrebte, weil es jene im engeren Bilateralismus besser verwirklichen konnte als im lockeren Multilateralismus. Die EGKS hatte zwar eine gewisse bilaterale deutsch-französische Dimension, bis 1954 waren die besonderen Beziehungen unter „couples“ jedoch inexistent. Schuman sei möglicherweise der einzige führende Politiker gewesen, der an eine tiefere Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland geglaubt habe. Bis 1954 habe es sich aber nicht bestätigt, dass Frankreich mit dem multilateralen Integrationsmodell, die weiterhin verfolgte Ambition der Kontrolle über Westdeutschland, erfolgreich sei. Die Integration habe vielmehr das Risiko verstärkt, dass darin Deutschland die Führung übernehme, was überhaupt nicht den verdeckten Zielen der EGKS entsprochen habe - „ce qui remettait en cause l'arrière-pensée essentielle de 1950...“⁵⁴ Die neue Methode der Sicherung habe aus dem 1954 einsetzenden engen Bilateralismus bestanden. Nachdem auch die Saarfrage gelöst war, konnte eine deutsch-französische Kooperation einsetzen, die in der Zeit selbst als „*bonne entente*“ bezeichnet wurde.⁵⁵

Schumanplan/EGKS - 1950/51

Wie in der Historiografie immer wieder festgehalten, bildete die Verkündung der geplanten Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion vom 9. Mai 1950, wenn man von der Mitgliedschaft beim Europarat absieht⁵⁶, den ersten Schritt einer Annäherung auf der institutionellen Ebene. In der Zeit selbst wurde die historische Bedeutung dieses Vorschlags aber weder durchwegs erkannt, noch wurde ihm breit

54 Soutou, 2005, S. 47-52.

55 Lappenküper, 2005, S. 82ff.

56 Aus föderalistischen (innerdeutschen), aber auch anderen Gründen gab es Verzögerungen beim erst im Juli 1950 zustande gekommenen Beitritt zu dem im Mai 1949 gegründeten Europarat. Zu diesem wenig beachteten Schritt die schwer zugängliche Arbeit von Hell, 1991.

zugestimmt.⁵⁷ Die Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 sprach zwar nicht von Versöhnung, sie war aber deutlich: Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordere, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird: „que l'opposition séculaire de la France et de l'Allemagne soit éliminée“. Das begonnene Werk müsse in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen: „L'action entreprise doit toucher au premier chef la France et l'Allemagne.“

Intern wurde auf französischer Seite hervorgehoben, dass man vor allem auf die Bedrohung des Weltfriedens mit einer kreativen Lösung reagieren und zu diesem Zweck Europa organisieren wolle. Die französisch-deutsche Kooperation war demnach kein Selbstzweck, sie war vor allem Mittel. Es war der internationale Kontext mit seinen zunehmenden Spannungen vor dem im Juni 1950 ausgebrochenen Koreakrieg, welche zur Unterzeichnung der Montanunion im April 1951 führte.⁵⁸ Selbstverständlich ging man auf französischer Seite davon aus, dass Frankreich in dieser Gemeinschaft die Führungsrolle einnehmen soll. Mehrfach fiel der englische Begriff des „leadership“: „Je voudrais revenir sur la position de leader que la France doit occuper sur le continent dans la communauté supranationale que nous voulons créer.“⁵⁹

Schuman, der 1950 die deutsch-französische Kooperation verkündete, musste noch kurz zuvor, 1949, innenpolitisch beschwichtigen,

57 Bossuat zeichnet die verschiedenen zeitgenössischen Reaktionen nach, auch, zwar etwas knapp, die späteren Historikerurteile mit John Gillingham und Pierre Gerbet. Mit Robert Frank bemerkt er zutreffend, dass wichtige Dinge oft mythisiert werden beziehungsweise von der Mythisierung auf die Wichtigkeit zurückgeschlossen werden kann. S. 419ff. In: Bossuat, Gérard, La déclaration Schuman: De l'histoire au mythe. In: Wilkens, 2004, S. 391-420.

58 Poidevin, 1990.

59 Monnet an Schuman im Sept. 1950, zit. bei Trausch, 1995, S. 116. Vgl. auch Andreas Wilkens, 2004.

dass es kein unabhängiges Deutschland ohne Friedensvertrag geben werde. In Wirklichkeit kam dann schon im Mai 1949 ein westdeutscher Staat, nie aber ein Friedensvertrag zustande. Und in der Ratifikationsdebatte vom Dezember 1951 unterstrich Schuman nicht nur zur Beruhigung der innerfranzösischen Opposition, dass es nicht um partnerschaftliche Kooperation, sondern um integrative Einbindung des weiterhin unheimlichen Nachbarn ging: «Cette puissance allemande ne serait-elle pas plus dangereuse pour la France (...) si elle demeurerait isolée et si l'Allemagne jouissait de toute sa liberté?»⁶⁰ Wie gering das Vertrauen in den deutschen Nachbarn war, zeigen die massiven und bis 1954 geltend gemachten Vorbehalte gegen die auch in der BRD heftig umstrittene Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

Die Vierte Republik gab ihre Grossmachtambition mit der Erklärung von 1950 nicht auf. Letztlich gestand keine französische Regierung von 1949 bis 1963 dem deutschen „Partner“ volle Gleichberechtigung zu.⁶¹ Sämtliche Kabinette beharrten aus Gründen des Prestiges und der Sicherheit auf einer Vormachtstellung und legitimierten dies mit der nationalen „Grandeur“, dem Status als Kolonialmacht, der Zugehörigkeit zu den „Grossen Vier“ oder dem Aufbau der „Force de frappe“.⁶² Der Schumanplan vom Mai 1950 war primär ein französisches Projekt und die französisch-deutsche Annäherung nur eines von mehreren Zielen oder Funktionen der geplanten Montanunion.

60 Poidevin, 1986, S. 293. Ausführlichste Darstellung der beidseitigen Haltungen, insbes. S. 263f u. 289ff.

61 Lappenküper, 2001, S. 1865. Henri Rieben verdeckt diesen Umstand, indem er wiederholt formell an sich zutreffend bemerkt, in der Montanunion sei es um ein Zusammenwirken von „partenaires égaux devant la loi commune“ gegangen. CECA 1952-2002. o.O. 2002. Vgl. S. 214. Mit einem Vorwort des Kommissionspräsidenten Prodi. Von Rieben angeführt erschien zwei Jahre zuvor zum 50. Jahrestag nicht der Betriebsaufnahme, aber der Schuman-Erklärung ein stattlicher Band, in dem aber kein Abschnitt den Reaktionen auf den Plan und das Projekt gewidmet ist.

62 Lappenküper, 2001, S. 1866.

Die Einschätzung auf deutscher Seite entsprach eher dem späteren Geschichtsbild. Bereits im Mai 1950 begrüßte Bundeskanzler Adenauer den Plan „als einen entscheidenden Schritt zu einer engen Verbindung Deutschlands mit Frankreich und damit zu einer neuen, auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit aufgebauten Ordnung in Europa.“⁶³ Im April 1951 reiste Adenauer zur Unterzeichnung des Vertrags zur EGKS nach Paris. In diesem Zusammenhang wurde immer wieder und wird darum auch hier festgehalten, dass der letzte „Vorgänger“ Hitler mit seinem Besuch im Juni 1940 gewesen sei. Adenauer wurde zunächst eher kühl empfangen, er konnte aber auch versöhnliche Gesten entgegennehmen: Eine Pariser Studentin vermachte ihm in Erwartung einer „reinen und wahren Versöhnung der beiden Völker“ die Croix de Guerre ihres im Ersten Weltkrieg gefallenen Vaters. Hans-Peter Schwarz, der dies berichtet, schliesst seine in den 1990er Jahren erschienene Darstellung der deutschen Besuche an der Seine mit einer Bemerkung, welche davon ausgeht, dass die Initiative für ein gutes Einvernehmen stets auf deutscher Seite liege: Man müsse sich um Paris unablässig bemühen. „Dann kann die Konsultation zur Kooperation und die Kooperation zur Integration führen.“⁶⁴

Auf beiden Seiten bestanden erhebliche Vorbehalte gegen die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft: in Frankreich vor allem bei den Unternehmern wie bei den Gewerkschaften und in parlamentarischen Ausschüssen.⁶⁵ Alfred Grosser vermutete 2004 sogar, dass

63 Briefwechsel zwischen Schuman und Adenauer 7./8.Mai 1950, in: Un changement d'espérance. La Déclaration du 9 Mai 1950 Jean Monnet-Robert Schuman. Lausanne 2000. S. 159-162.

64 Schwarz, 1993, S. 70 und S. 95.

65 Vier Kommissionen waren für den Vertrag zur EGKS: die der Aussenpolitik, der Finanzen, der Industrieproduktion und der Arbeit; zwei waren dagegen: die der Landesverteidigung und der Wirtschaft (Poidevin 1986, S. 293. Ausführlichste Darstellung der beidseitigen Haltungen, insbes. S. 263ff. u. 289ff). Vgl. auch die beiden Beiträge: Philippe Mioche, Le Patronat de la sidérurgie française et le Plan

bei einer Umfrage 90% der Franzosen gegen den Schumanplan gewesen wären.⁶⁶ In Deutschland gab es Befürchtungen, dass die Saar geopfert und das Wiedervereinigungsziel beeinträchtigt würde. Die Opposition der SPD dagegen nahm nach der Unterzeichnung sogar noch zu, wobei wirtschafts- und arbeitspolitische Fragen im Vordergrund standen. Als weiterer Hinderungsgrund wurde das „politische, militärische und wirtschaftliche Hegemoniestreben Frankreichs“ gesehen, das an die nach 1945 betriebene französische Deutschlandpolitik „nahtlos“ anknüpfe. Im ersten Moment war die politische Tragweite des Plans wie dann auch der Projektrealisation bei vielen aber gar nicht erfasst worden, man interessierte sich mehr für den speziellen Umgang mit Kohle und Stahl als für den allgemeinen Aspekt der französisch-deutschen Kooperation.⁶⁷

Zu Recht wird die Asymmetrie in diesem Punkt immer wieder betont: Während Westdeutschland über die Montanunion von einer Nullsouveränität zu einer geteilten Souveränität aufsteigen wollte, musste Frankreich von einer ganzen Souveränität zu einer geteilten herunterkommen.

Schuman en 1950-1952: les apparences d'un combat et la réalité d'une mutation. S. 305-318. Und Gérard Bossuat, La politique Française de la libération des échanges en Europe et le Plan Schuman (1950-1951). S. 319-332. Beide in: Schwabe, 1988. Der letztere Beitrag hebt hervor, dass die Verständigung im Montanbereich die bilaterale Verständigung in anderen Bereichen erschwert habe.

66 Adenauer, Frankreich und Europa. Was wurde? Was bleibt? In: Schwabe, 1988, S. 111.

67 Zustimmung der Assemblée nationale im Dez. 1951 mit 377 gegen 233 Stimmen und im Senat mit 177 gegen 31 Stimmen bei 87 Enthaltungen. Zustimmung im Bundestag im Jan. 1952 mit 232 gegen 143 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Die Verkenntung der historischen Bedeutung in der Zeit selbst zeigt sich beispielsweise in der Schrift von Frederick Haussmann, Der Schuman-Plan im europäischen Zwielficht. München 1952.

Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Römische Verträge

Die in den Jahren 1950-1954 erarbeitete Vereinbarung für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) betrieb die französische Regierung gegen grösseren innenpolitischen Widerstand.⁶⁸ Diese Ablehnung galt der auch in Westdeutschland sehr unpopulären Wiederbewaffnung an sich und nicht der Frage, in welcher Form die unvermeidliche Remilitarisierung Westdeutschlands durch Integration akzeptabel gemacht werden könne. In dieser Debatte tauchte auch das Bild des „Erbfeindes in Naziuniform“ wieder auf.⁶⁹ Es ging ebenfalls nicht einzig um das Verhältnis der beiden Hauptpartner. Sicher lebte auf französischer Seite die Bereitschaft zur Vergemeinschaftung der militärischen Verteidigung von der Furcht, dass Deutschland wieder ein unabhängiger Militärfaktor werden könnte.

In der Ablehnung von 1954 spielten auf französischer Seite ausser der Deutschland-Frage jedoch weitere Beurteilungspunkte eine Rolle: vor allem die reservierte Haltung der Anti-Atlantiker gegenüber den USA und der allgemeine Unwille der „anticédistes“, die nationale Souveränität aufgeben zu müssen. Die Befürchtung, dass diese Gemeinschaft allenfalls im Kampf um die frühere deutsche Ostgrenze eingesetzt werden könnte, war nicht speziell antideutsch. In den aufrecht erhaltenen Forderungen von Rüstungsbeschränkungen für die künftige Bundeswehr kam dagegen ein gewisses Misstrauen gegenüber Deutschland zum Ausdruck. Ein wichtiger Schritt kam indessen mit der Londoner Konferenz vom September 1954 zustande; sie ebnete den Weg für die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO und WEU

68 Lappenküper, 2001, S. 535-758.

69 König, 2004, S. 401-421. - Jean-Pierre Rioux, Französische öffentliche Meinung und EVG - Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen? In: Hans-Erich Volkmann/Walter Schwengler/Alfredo Breccia (Hg.), Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung. Boppard am Rhein 1985. S. 159-176, Zitat S. 172.

und führte mit den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 zur Wiederherstellung der Souveränität (Beendigung des Besatzungsstatuts).⁷⁰

Die EGKS und die EVG waren zweifellos „von oben“ angegangene Projekte, die indirekt auch eine Annäherung mit sich brachten. Auch die Ablehnung der EVG hatte weitere Annäherungen zur Folge. Die Unterzeichnung der Pariser Verträge vom Oktober 1954 (u.a. mit einem von Adenauer bereits 1949 angestrebten, allerdings nicht sehr ertragreichen Kulturabkommen) war eine Art von Entschädigung für den mit dem Scheitern der EVG entstandenen Schaden.
Die Saarlandfrage 1955

Die Hauptkonzession, die Frankreich abgerungen werden musste, bestand im Akzeptieren der Gleichstellung Deutschlands. Auf deutscher Seite gab es weniger Konzessionsmöglichkeiten. Immerhin wäre die deutsche Regierung, wie bereits 1952 signalisiert, zu einem gewichtigen Entgegenkommen in der Saarfrage bereit gewesen: Sie akzeptierte in den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 für das Saarland einen europäischen Status im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU), dies sogar in Kombination mit einer Weiterführung der Währungsunion und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich.⁷¹ Im Oktober 1955 sprachen sich dann aber zwei Drittel der saarländischen Wähler (67,7%) indirekt für eine Rückkehr nach Deutschland aus.⁷² Das im folgenden Jahre zwischen Frankreich und der BRD geschlossene Abkommen ermöglichte auf den 1. Januar 1957 die Rückkehr der Saar nach Westdeutschland. In der Literatur

70 Lappenküper, 2001, S. 794. Vgl. auch Lappenküpers Aufsatz in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005.

71 Lappenküper, 2001, S. 465f.

72 Für 70% war das abgelehnte Statut zu französisch, 6% fühlten sich Deutschland stark verbunden. Vgl. Heinen, 1995. Vgl. im Weiteren einen Aufsatz von Heinen in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005, und die Publikation von Hudemann/Heinen, 2007.

heisst es unpathetisch, die Regelung dieses Streitfalls habe die Versöhnung „erleichtert“. ⁷³ Dies war auch darum möglich, weil man sich in Deutschland in dieser Frage zurückhielt. Bundespräsident Heuss entsprach dem Wunsch des französischen Aussenministeriums, die Festveranstaltungen am 1. Januar 1957 zur Wiedereingliederung des Saarlandes als 10. Bundesland nicht „zu jubelhaft“ zu gestalten. ⁷⁴

Bildete der Abschluss der Römischen Verträge im April 1957 einen weiteren Meilenstein im französisch-deutschen „*Rapprochement*“? Die daraus sich ergebende Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen könnte eine weitere Annäherung bewirkt haben; alles in allem dominierte hier aber der multilaterale Charakter des Abkommens. Der Bundestag sprach sich am 5. Juli 1957 mit überwältigendem Mehr für die Ratifikation aus ⁷⁵, und auch auf französischer Seite verlief die Ratifizierung am 10. Juli 1957 rasch und ungefährdet (mit 342:239 Stimmen). Die „deutsche Frage“ spielte in den Debatten der Nationalversammlung keine Rolle mehr. Das Reizthema des französischen Nationalismus war nun nicht mehr der östliche Nachbar, sondern der Panarabismus. ⁷⁶

Die deutsch-französischen Beziehungen waren mit der Gründung der EWG auf einem vorläufigen Höhepunkt angelangt. ⁷⁷ „In der französischen Aussenhandelsbilanz rangierte die Bundesrepublik als bester Kunde und zweitbesten Lieferant. Im Gegenzug schob sich Frankreich als Aussenhandelspartner der BRD stetig weiter nach vorn und stand 1957 als Absatzmarkt deutscher Industrieprodukte auf dem vierten Platz.“ ⁷⁸ Dank der Gründung der Europäischen Wirt-

73 Poidevin/Bariéty, S. 434.

74 Guido Müller, 2004, S. 76.

75 Lappenküper, 2001, S. 1058, ohne Zahlenangaben wie auch in der allgemeinen Tagespresse vom 6. Juli 1957.

76 Ziebura, 1997, S. 130.

77 Ebenda.

78 Lappenküper, 2001, S. 1890.

schaftsgemeinschaft beschleunigte sich die Entwicklung. Ende 1958 war die Französische Union zum zweitgrössten Kunden und Lieferanten der BRD aufgestiegen. Ein ökonomisches Gefälle zwischen den beiden Nachbarn war jedoch deutlich sichtbar. Dies bedrohte die bilaterale Machtbalance, trug aber auch zur integrativen Kontrolle bei, da sich Frankreich erhoffte, durch die Annäherung an Deutschland selbst von dessen Wirtschaftskraft profitieren zu können und diese eventuell in eine gewünschte Richtung zu lenken (vgl. unten Kap. 4).

Bedeutsam war die Unterstützung, die Adenauer in der Stunde grosser Not, das heisst während der Suez-Krise im November 1956, Frankreich hat zukommen lassen. Obwohl oder gerade weil dies als demonstrative Unterstützung Frankreichs ausgelegt werden konnte, hielt Adenauer, gegen den Rat seines Aussenministers und anderer Berater, an seiner Reise nach Paris fest und ermunterte seine Gastgeber zu einer festen Haltung gegenüber den USA.⁷⁹

Schliesslich wurde das bewusst sehr privat gehaltene und dennoch hochpolitische Treffen zwischen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer am Wohnort und im Wohnsitz des Generals von Colombey-les-Deux-Églises vom 14./15. September 1958 zu einer wichtigen symbolischen Station: ein persönliches Tête-à-tête als Sinnbild der Partnerschaft der beiden Nationen.⁸⁰

Indem sich de Gaulle während der auf das Chruschtschow-Ultimatum folgenden Berlinkrise von 1961 als treuer Verbündeter Westdeutschlands zeigte, versuchte er seine Solidarität mit Adenauer zu bekunden.⁸¹ Dies bedeutete nicht zuletzt auch, dass der französische Aussenminister, während einer Konsultation mit den Aussenministern der USA

79 Ebenda, S. 916ff.

80 Hans-Peter Schwarz spricht von einem bei Adenauer lang anhaltenden „Zauber des Besuches“ mit emotionaler Tiefenwirkung. Vgl. Schwarz, 1992, S. 55.

81 Lappenküper, 2001, S. 1248.

und Grossbritanniens, zum Schutze des Status' von Berlin das Risiko eines Atomkriegs nicht scheute, während sich die USA und die Briten um einiges verhandlungsbereiter zeigten.⁸² Frankreich bot der Bundesrepublik Rückendeckung gegenüber der Sowjetunion, obwohl es mit dem Status von Berlin wenig Interessen verband.⁸³ Damit trug de Gaulle nicht zuletzt auch dazu bei, dass Adenauer in Frankreich einen näheren Verbündeten sah, als es zu diesem Zeitpunkt die USA waren.

Kulturpolitik

Die Kulturpolitik war für Frankreich als eigenständiger Bereich besonders wichtig, aber vor allem im Sinne des Kulturexports und der kulturellen Präsenz im Ausland. Frankreich war in der ersten Phase noch weit davon entfernt, einen gleichgewichtigen Kulturaustausch praktizieren zu wollen.⁸⁴ Das gilt auch für das erste, 1946 in Freiburg geschaffene Institut français, auch wenn die vor Ort Verantwortlichen eine umgängliche Haltung einnahmen, ohne Überlegenheitsattitüde antraten und das Angebot (aktive Buchpolitik, Theater-Tourneen, Ausstellungen) nach zwölf Jahren Isolation einem bestehenden Bedürfnis entsprach.⁸⁵ Dennoch ging es auch darum, die Verhältnisse für französische Kulturpropaganda zu nutzen, nach der Schaffung der Bundesrepublik sogar ausserhalb der ursprünglich französischen Zone. Für 1947 ist das bezeichnende Diktum des jungen Schriftstellers Jean Arnaud überliefert:

82 Ebenda, S. 1409f.

83 Ebenda, S. 1248 und S. 1440.

84 Rainer Hudemann ist es wichtig zu betonen, dass die französische Kulturpolitik nicht einfach die Funktion gehabt habe, die Härten der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik abzufedern. Vgl. Rainer Hudemann, Die Besatzungsmächte und die Entstehung des Landes Baden-Württemberg. In: Meinrad Schaab/Gregor Richter (Hg.), Baden-Württemberg und der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989). Stuttgart 1991. S. 1-18.

85 Jurt, 2006, S. 212, und Jurt, 2011. Vgl. auch Knipping, 1987.

„Dans le concert des nations alliées occupant l'Allemagne, (la France) a sa spécialité, sa vocation de pourvoyeuse de culture et de la pensée politique. Ce qu'elle ne fera pas, personne ne le fera à sa place.“⁸⁶

Corine Defrance zeigt jedoch mit zahlreichen Beispielen, dass ein „erhebliches Ungleichgewicht“ zwischen den Kulturpräsenzen Deutschlands und Frankreichs im je anderen Land bestand. Erste Bemühungen des deutschen Generalkonsulats von Paris stiessen auf kühle Distanziertheit. Die deutsche Seite musste im folgenden Jahr mit einer Ausstellung französischer Impressionisten (!) aus deutschem Museumsbesitz antreten, um eine positive Resonanz erzeugen zu können.⁸⁷ Noch 1954 habe ein „Minimum an Gegenseitigkeit“ bestanden.⁸⁸ Damals konnte immerhin mit dem Bau des „Heinrich Heine Hauses“ in der Cité Universitaire begonnen werden. Eine erste „deutsch-französische Woche“ kam erst 1957 zustande.

Symptomatisch waren die Schwierigkeiten bei der Einrichtung von Goethe-Instituten. Deutschland hatte solche Einrichtungen in anderen Ländern, bevor es 1957 ein erstes Goethe-Institut in Lille eröffnete. Noch 1963 riet der Strassburger Bürgermeister von einer solchen Einrichtung in seiner Stadt ab, weil auf französischer Seite noch zuviel Misstrauen vorhanden sei.⁸⁹ Corine Defrance stellt fest, dass Frankreich 1963 über ein dichtes Netz kultureller Einrichtungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin verfügte, die deutsche Seite dagegen gerade damit begonnen hatte, die ersten Goethe-Institute in Frankreich zu eröffnen.⁹⁰ Diese Unausgeglichenheit wurde 1959 offenbar vereinzelt auch auf

86 Zit. nach Jurt, 2006, S. 218.

87 Defrance, 2005, S. 145. Vgl. auch den Beitrag von Defrance in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005.

88 Ebenda, S. 154.

89 Ebenda.

90 Ebenda, S. 150.

französischer Seite als „ausgesprochen unangenehm“ bezeichnet.⁹¹ Wesentlich ausgeglichener und stärker die Gegenseitigkeit pflegend waren die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bemühungen im Kulturbereich. Exemplarisch dafür ist die Gründung der Doppel-Zeitschrift ‚Dokumente/Documents‘. Die deutsch-französischen Schriftsteller-Treffen ab 1947 waren ebenfalls durchaus symmetrisch angelegt.⁹²

3. Die weitere Entwicklung in den zivilgesellschaftlichen Beziehungen

Die an der hohen Politik orientierten Einschätzungen der Geschichtsschreibung neigten anfänglich dazu, vor allem die Leistungen von Staatsmännern, hier insbesondere von Adenauer und de Gaulle, zu erörtern. Nur sekundär wurden auch zivilgesellschaftliche Anstrengungen, kirchliche Akteure, Städtepartnerschaften, vielleicht auch die Medien u.a.m., gewürdigt. Es ist richtig, diese beiden Ebenen separat zu betrachten. Zugleich muss man sich aber auch bewusst sein, dass es zwischen der hohen Regierungssphäre und der Sphäre der intermediären Organisationen manche Überlappungen gab. Bundespräsident Heuss besuchte seit Mitte der fünfziger Jahre regelmässig deutsch-französische Konferenzen des deutschen Rates der „Europäischen Bewegung“ und Veranstaltungen der „Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit“ (Jean du Riveau).⁹³

Wichtige Begegnungen zwischen Akteuren der oberen Ebene fanden offenbar auch halbprivat in inoffiziellen Zirkeln statt. So trafen sich Robert Schuman und Konrad Adenauer im Herbst 1948 in der Inter-

91 Ebenda, S. 152.

92 Strickmann, 2004, S. 282ff.

93 Defrance, 2005, S. 25.

nationalen Union Christlicher Demokraten.⁹⁴ Im gleichen Milieu kam es auch zu Kontakten zwischen „oben“ und „unten“ beziehungsweise der Mitte. Belegt ist beispielsweise ein vergleichsweise später Kontakt 1957/58 zwischen einem aktiven Mitglied der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in Deutschland (VDFG), nämlich der in Avignon geborenen Elsie Kühn-Leitz, und Adenauer.⁹⁵ Letzterer wünschte „gutes Gelingen“ und ermunterte dazu, die deutsch-französischen Beziehungen „besonders“ zu pflegen, weil damit „unserer Politik“ ein grosser Dienst erwiesen würde.⁹⁶ Stellt man auf diese Dokumente ab, erscheint die hohe Politik als vorausgehende Kraft, die sich sekundär Unterstützung von der Basis wünschte und nicht von dieser getrieben wurde, deren Erwartungen zu erfüllen. Hans Manfred Bock hält treffend fest, dass Adenauer in diesem Punkt und zu dieser Zeit nicht einen politischen Auftrag erfüllte, sondern mit seiner „Strategie der komplementären Politik- und Gesellschaftsverflechtung“ zwischen den beiden Ländern vielmehr Anreger und Ermutiger der gesellschaftlichen Kräfte gewesen sei, sich in diesem Bereich zu engagieren.⁹⁷

Auf französischer Seite könnte dies ähnlich funktioniert haben; es könnte aber auch nur über vorbildliches Handeln (ohne direkten Kontakt) Wirkungen von oben nach unten gegeben haben: Lucien Tarradin, der Bürgermeister von Montbéliard, der 1950 eine Städtepartnerschaft mit Ludwigsburg herbeigeführt hat, fühlte sich im Herbst 1950 nachweislich durch den Vorschlag „de notre ministre“

94 Recker, 2008, S. 144ff. Vgl. Poidevin, 1986. S. 208-228.

95 Zur Unternehmertochter Elsie Kühn-Leitz vgl. auch Hans Manfred Bock/Katja Marmetschke, in: Schwabe 2005, S. 175-178.

96 Beate Gödde-Baumanns, Bürgerschaftliche Basis der Annäherung: Die Deutsch-Französischen Gesellschaften - Einblicke in die Praxis. In: Defrance, 2010, S. 141. Ebenfalls S. 51.

97 Hans Manfred Bock, Transnationalismus in der Zwischenkriegszeit. Die Berliner Deutsch-Französische Gesellschaft als Beispiel einer folgenreichen zivilgesellschaftlichen Erfindung. In: Defrance, 2010, S. 33-53. Zit. S. 47 u. S. 50.

Robert Schuman vom Frühjahr des gleichen Jahres ermuntert.⁹⁸ Die Akteure der oberen Ebene handelten in der ersten Phase von sich aus und wurden von Basiskräften wegen ihrer Politik nur wenig in Frage gestellt. Konrad Adenauer hat den deutsch-französischen Beziehungen bereits in seiner Regierungserklärung vom September 1949 eine hohe Bedeutung eingeräumt, als noch wenig Basisbewegung zu spüren war.⁹⁹

Die Kritik an der Annäherungspolitik dürfte, wie im Zusammenhang mit dem Schumanplan ersichtlich, auf französischer Seite grösser gewesen sein als auf deutscher. In der ersten Phase (bis 1948/50) waren die „von oben“ nach der Basis gesendeten Impulse wahrscheinlich stärker als diejenigen „von unten“. Sehen wir vom Schumanplan von 1950 ab, könnten im folgenden Jahrzehnt, und insbesondere in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, vor allem auf westdeutscher Seite doch stärkere Impulse von zivilgesellschaftlichen Kräften ausgegangen sein. Defrance bemerkt jedenfalls, dass in den 1950er Jahren „erhebliche Fortschritte“ in den Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften stattgefunden hätten; und sie zitiert Manfred Klaiber, den deutschen Botschafter in Paris, der im Dezember 1963 auf die „Exponentialkurve“ des bilateralen Austauschs im Verlauf des vorausgegangenen Jahrzehnts hingewiesen hat. Dass diese Äusserungen die Dinge stets symmetrischer darstellen, als sie waren, ist bereits eingangs gesagt worden und wird uns weiter unten nochmals beschäftigen.¹⁰⁰

Eine 2010 erschienene Publikation hält in ihrem Vorwort fest, dass eine „stabile Verbindung“ zwischen Gesellschaften eine Interaktion und ein Zusammenwirken aller Beteiligten voraussetzt und dass die historische Forschung die Klärung der Beziehungen entsprechend breit vornehmen muss. Bisher seien jedoch - abgesehen von den gouvernementalen Beziehungen - bloss die Beiträge herausragender Mittlerpersonen wie

98 Defrance, 2010, S. 210.

99 Schwabe, 2005. Defrance, 2010, S. 137ff.

100 Defrance, 2005, S. 156ff.

Joseph Rován¹⁰¹, Alfred Grosser und Carlo Schmid sowie der wichtigsten Annäherungsorganisationen wie der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, des Comité français d'Échanges avec l'Allemagne nouvelle oder des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg erfasst worden.¹⁰² Die an der „Basis der Gesellschaften auf lokaler Ebene geleistete Arbeit“ sei dagegen bisher kaum untersucht worden.¹⁰³

Was aber ist Basis? In einer anderen Äusserung nimmt Corine Defrance statt einer zweiteiligen Unterscheidung (oben und unten) präziser eine dreiteilige Unterscheidung vor, indem sie den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine intermediäre Zwischenstellung zwischen oben und unten (der Basis) einräumt.¹⁰⁴ Es bleiben auf jeden Fall noch zahlreiche Dimensionen der Basisbeziehungen systematisch abzuklären,

101 Rován war Häftling in Dachau und sprach sich gleich nach dem Krieg in der Ausgabe des Esprit vom 1. Oktober 1945 für Versöhnung aus, vgl. Rován, 1988, S. 115ff. Deutschsprachige Erstausgabe 1986. Zu Esprit vgl. Strickmann, 2004, S. 286ff.

102 Dazu gehören auch Monografien zu einzelnen Institutionen wie diejenige von Corine Defrance zum Strassburger Centre d'Études Germaniques „Sentinelle ou pont sur le Rhin?“ (Paris 2008), das bis zu Beginn der 1960er Jahre eher skeptischer Beobachtungsposten als Bindeglied war.

103 Vorwort zu Defrance, 2010. Zwei Beiträge von Ulrich Pfeil und Hélène Yèche befassen sich auch mit den hier nicht berücksichtigten Beziehungen zu Ostdeutschland.

104 Defrance, 2005, S. 193, gestützt auf Bock, 1998, S. 13-21.

etwa im Bereich der Sportkontakte¹⁰⁵, des Heiratsverhaltens¹⁰⁶ oder der Konsumgüter.

Diese Publikation ist in doppelter Hinsicht wichtig: zum einen wegen der empirischen Abklärungen eben einiger Basisbeziehungen und zum anderen wegen der konzeptionellen Vorstellungen, die sich damit verbinden. Die hier erfassten Bewegungen sind allerdings nur mit Vorbehalt der Basis zuzurechnen, weil sie von Personen getragen wurden, die - wie im Falle der Hamburger Cluny-Gesellschaft (vgl. unten) - ihre gehobenen Positionen für ihre Bewegung einzusetzen verstanden. Andererseits muss betont werden, dass es sich tatsächlich um zivilgesellschaftliche Bewegungen handelte, die nicht nur unabhängig vom Staat tätig waren, sondern sich sogar als in Konkurrenz zum Staat verstanden. Das deutsch-französische Kulturabkommen von 1954 weckte bei diesen sogar ein gewisses Unbehagen, weil man eine staatliche Monopolisierung und entsprechende Verluste von öffentlichen Subventionen befürchtete.¹⁰⁷

105 Dazu gibt es allerdings bereits einen kleinen Aufsatz von Alfred Wahl, *La reprise des relations sportives entre la France et l'Allemagne après 1945*. In: Miard-Delacroix/Hudemann 2005, S. 211-212. Ihm ist zu entnehmen, dass Wettkämpfe mit Deutschen anfänglich ganz verboten waren und erst gegen 1950 auf deutschen Druck gelockert wurden, dass solche Begegnungen zunächst nur auf deutschem, nicht auf französischem Boden gestattet waren, insbesondere im Fussball die begründete Furcht bestand, dass die Deutschen gewinnen („siegen“) könnten, dass es schliesslich wichtig war, die richtige Hymne zu spielen, nicht „Deutschland über alles“, sondern das „Deutschlandlied“. Ausführlicher: Stefanie Woite-Wehle, *Zwischen Kontrolle und Demokratisierung. Die Sportpolitik der französischen Besatzungsmacht in Südwestdeutschland 1945-1950*. Schorndorf 2001.

106 Im Zeitraum von 1963 bis 1991 wurden 55'000 deutsch-französische Ehen geschlossen, deren Familien und Kinder alle de jure über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügen (Sammelband, *Partnerschaften. Couples. Hommage an zwei Regionen Europas. Hommage à deux régions européennes!*. Mainz 1999, S. 15f, Mitteilung von Joseph Jurt).

107 Bock in: *Defrance*, 2010, S. 52.

Dass es um eine Analyse der zivilgesellschaftlichen Vernetzung geht, versteht sich. Die qualitative Bewertung des transnationalen Netzwerkes geht dagegen nicht ohne - diskutabile - normative Bewertungen. Die Herausgeber stellen ihrem Werk ein völlig dekontextualisiertes Wort des christlich-demokratischen Politikers und Strassburger Bürgermeisters Pierre Pflimlin voran, wonach Versöhnung dann „endgültig“ erreicht sein werde, wenn sie in den Herzen und Köpfen der Bürger beider Völker derart fest verwurzelt sei, dass sie auch Zwistigkeiten zwischen führenden Politikern beider Länder, wie sie immer vorkommen können, übersteht.¹⁰⁸ Das Vorwort der zitierten Publikation geht davon aus, dass die Idee der Versöhnung und der Partnerschaft in der Vorstellung der Franzosen und Deutschen allmählich verankert und so zur „Grundlage für eine langfristige bilaterale Kooperation“ geworden sei. Indessen kann auch das noch in sehr unterschiedlicher Qualität stattfinden. Verwurzelung oder Verankerung meint ein kollektives Einstellungsmuster, das jenseits der gerade gegebenen Konstellationen Bestand hat.

Die Bedeutung der einzelnen Beziehungsstränge für die grosse Entwicklung wird in der genannten Aufsatzsammlung nicht bewertet oder auch nur erfragt. Sie lässt sich im Allgemeinen, und darum auch hier, nur schwer oder gar nicht erfassen. Hier sei einzig etwas stärker, als dies in dem Sammelband der Fall ist, auf die chronologische Entwicklung der Kontakte geachtet. So lässt sich wenigstens feststellen, welche Aktivitäten eher Pioniercharakter hatten und welche dann „bloss“ noch einem etablierten Trend entsprachen. Einiges machte sich derart spät bemerkbar, dass man annehmen muss, es seien eher Produkte bereits eingetretener Grundannäherungen, als dass sie diese herbeigeführt hätten.

Die ersten beiden nachfolgend kurz vorgestellten Versöhnungsbewegungen sind unterschiedlicher Natur: Im einen Fall war Versöh-

¹⁰⁸ Pflimlin war in den Jahren 1959-1983 Strassburger Bürgermeister. Defrance, 2010, S. 9 und S. 151.

nung nicht erste Intention und entstand als Resultat in ausgesprochen bi-nationalen, aus dem Krieg vorgegebenen Militärstrukturen. Im zweiten Fall war Versöhnung explizites Programm und wurde von einer engagierten Subgruppe einer trans- oder supranationalen Institution, nämlich der katholischen Kirche, angestrebt.

Kriegskontakte

Der erste Versöhnungsstrang wuchs aus den rund 900'000 deutschen Kriegsgefangenen, die 1945-1948 auf französischem Boden gehalten wurden. 1947 kehrten manche nicht in die deutsche Heimat zurück, sondern blieben als geschätzte und begehrte Arbeitskräfte freiwillig in Frankreich und konnten 1948 sogar französische Staatsbürger werden. Gewiss spielte da die Arbeitsmarktfrage eine wichtige Rolle. Es zeigte sich aber, dass die bestehenden und von Seiten der Kommunisten weiterhin kräftig eingesetzten Feindbilder (*l'Humanité*: „*les boches*“), wenn die deutschen Kriegsgefangenen aus der Lagerhaft entlassen waren, im direkten Kontakt mit französischen Arbeitgebern überwunden wurden.¹⁰⁹ Eine Annäherung unter den Kriegsveteranen der beiden Seiten kam erst im Laufe der 1950er Jahre zustande.¹¹⁰ Es mag im Übrigen paradox erscheinen, dass einige im KZ inhaftiert gewesene Franzosen in den Verständigungsbemühungen besonders engagiert waren. Das erklärt sich daraus, dass diese in ihrer Haft deutschen Mithäftlingen begegnet waren und festgestellt hatten, dass es unter den Deutschen auch aufrechte Demokraten gab.¹¹¹

109 Fabien Théofilakis, D'un après-guerre à un avant-paix: le rapprochement franco-allemand face à l'expérience des prisonniers de guerre allemands en mains françaises (1945-1948). In: Defrance, 2010, S. 57-72.

110 Andreas Roessner, Les anciens combattants et le rapprochement franco-allemand jusque dans les années 1960. In: Defrance, 2010, S. 73-88.

111 Gilt etwa für Tharradin und Rován, vgl. Defrance, 2010, S. 205.

Kirchenkontakte

Angehörige der katholischen Kirche hatten einen wichtigen Anteil an der Annäherung und Versöhnung der beiden Seiten.¹¹² Die im katholisch-kirchlichen Milieu angestrebte Annäherung wurde von der französischen Seite von der von Bischof Pierre Marie Théas angeführten Pax Christi-Bewegung eingeleitet und wurzelte in einem bereits während des Kriegs manifestierten Engagement. 1946 durften deutsche Kriegsgefangene, welche für die Vorbereitung der Unterkunft von 30'000 Pilgern in Vézelay eingesetzt waren, zusammen mit diesen die Wallfahrt feiern. Im folgenden Jahr, 1947, durfte eine deutsche Delegation an einer Wallfahrt nach Lourdes teilnehmen. 1948 umfasste die Pax Christi-Bewegung bereits 400'000 Mitglieder, wovon etwa die Hälfte Deutsche waren. Auf deutscher Seite war man bereit, symbolisch Sühne für die von Deutschland begangenen Verbrechen zu leisten; und auf französischer Seite war man bereit, Vergebung anzubieten. 1948/49 wurden deutsch-französische Priestertagungen durchgeführt. 1952 errichteten beide Seiten aus Steinen vom deutschen Westwall und von der französischen Maginotlinie ein monumentales Friedenskreuz im badischen Grenzort Bühl. 1953/54 wurde auch in Speyer eine Versöhnungskirche gebaut. Bei der Grundsteinlegung waren unter den 40'000 Teilnehmenden auch 1'000 französische Soldaten, und Bundeskanzler Adenauer trat als Redner auf. Die Rolle der Katholiken sei, so die Schlussfolgerung eines Kenners, für die Einleitung der Versöhnungs- und Verständigungsbemühungen kaum zu überschätzen.¹¹³ Inwiefern sie welche Annäherungsbemühungen erleichterte, wird indessen nicht ausgeführt.

112 Hürten, 1989/1990.

113 Michael Kissener, Der Katholizismus und die deutsch-französische Annäherung in den 1950er Jahren. In: Defrance, 2010, S. 89-98.

Deutsch-Französische Gesellschaften

Im Weiteren müssen die seit 1947 und dann vor allem in den 1950er und 1960er Jahren stark gewordenen überparteilichen und überkonfessionellen Deutsch-Französischen Gesellschaften vorgestellt werden.¹¹⁴ Sie nahmen in der Versöhnungsbewegung einen wichtigen Platz ein. Hans Manfred Bock betont, dass noch in der Phase vor der Gründung der Bundesrepublik 1949 lokale Organisationen zur Pflege der deutsch-französischen Beziehungen entstanden und dies umso bemerkenswerter war, als es noch keine gesamtstaatliche Ebene gab. Die erste Gesellschaft entstand im November 1947 in Hamburg; sie musste etliche Widerstände auch von offiziellen französischen Stellen überwinden, kam aber doch zustande, wobei es sicher hilfreich war, dass die Promotoren Verbindungen in die „höchsten Kreise von Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft hatten“¹¹⁵. Bock nennt für die Jahre 1947-1949 neun Gründungen deutsch-französischer Basisvereine in Westdeutschland. Sie entstanden in nicht signifikanter Streuung unabhängig voneinander.¹¹⁶ Die Aktivitäten bestanden aus Vortragsveranstaltungen, Sprachkursen und Frankreichreisen. In der folgenden Phase nahm die Zahl weiter zu, und 1957 kam ein „Arbeitskreis“ als koordinierende Dachorganisation zustande. Schon zuvor war von deutscher Seite mit analogen Vereinigungen auf französischer Seite, dem Comité de coordination des associations d'échanges internationaux, Kontakt aufgenommen worden.

114 Ihnen voran gingen die kulturpolitischen Bemühungen der französischen Besatzungsbehörde der Jahre 1945-1947, die allerdings nicht zu den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gezählt werden können.

115 Margarete Mehdorn, *Deutsch-französische Gesellschaften in Deutschland (1947-1955): Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und amtlicher französischer Kulturpolitik*. In: Defrance, 2010, S. 159-188. Zit. S. 163.

116 Hamburg, Stuttgart, Duisburg, Hannover, Nürnberg, Oldenburg, Düsseldorf, Dortmund und Wiesbaden. - Bock, in: Defrance, 2010, S. 47, unter Berufung auf Mehdorn, 2009.

Gemeindeparterschaften

Neben diesen mit der Zeit vernetzten Einzelorganisationen entstand mit den transnationalen Gemeindeparterschaften ein weiteres Instrument der Annäherung. Im Juni 1948 gründeten deutsche und französische Bürgermeister auf dem Mont Pèlerin in der Schweiz die Internationale Bürgermeister Union (IBU) mit der Absicht, von der kommunalen Ebene ausgehend, Aufbauarbeit für den Völkerfrieden zu leisten. Der in der Zwischenkriegszeit „von oben“ angestrebten und gescheiterten Verständigung wollte man ein neues „Locarno von unten“ entgegenhalten.¹¹⁷ Dabei liess sich die Bewegung vom Basler Historiker Adolf Gasser inspirieren.¹¹⁸ Die erste Gemeindeparterschaft wurde 1950 zwischen Ludwigsburg und Montbéliard geschaffen. Diese Parterschaften waren, wenn man von der Regionalparterschaft Rheinland-Pfalz-Burgund (1953) absieht, nicht „von oben“ angestossen worden und entstanden aus privater Initiative.¹¹⁹ 1948/1949 entstanden, wie bekannt, aus der Initiative deutscher und französischer Intellektueller das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg und das Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle.¹²⁰

Förderte geografische Grenznähe eher abgrenzende oder eher grenzüberwindende Dynamiken? Pia Nordblom ging dieser Frage nach und stellte für die unmittelbare Nachkriegsphase fest, dass in den nahen Kontaktzonen bei Vorliegen positiver Kristallisationszen-

117 Barbara Dümmer, Die Städteparterschaft Frankenthal-Colombes (1958) und die Bedeutung transnationaler Kommunalverbände. In: Defrance, 2010, S. 189-203.

118 Adolf Gasser, Gemeindefreiheit als Rettung Europas. Grundlagen einer ethischen Geschichtsauffassung. Basel 1943.

119 Defrance, 2010, S. 205ff.

120 Initianten waren Carlo Schmid, Theodor Heuss/Emmanuel Mounier, Alfred Grosser. Vgl. Hans Manfred Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Opladen 1998. Ebenfalls Strickmann, 2004.

tren in Form von Personen oder Ideen und gemeinsamer Regionalkultur (Wieder-)Annäherung gelang, bei deren Fehlen dagegen die Grenznähe eine zusätzliche Barriere bedeutete. Ein erstes Literatentreffen fand im Sommer 1947 im badischen Lahr statt.¹²¹

Bei den Angaben zum Zeitpunkt und der Anzahl der Gründungen kann man sich fragen: Was war früh, was spät, und was war viel und was wenig? Defrance meint, dass 25 weitere Verschwisterungen in den Jahren 1950-1958 eine „bescheidene“ Zahl sei. Das „Bescheiden“ erklärt sich nicht aus sich selbst, sondern im Vergleich zu den Folgenden: 1963 gab es rund 130 und 1969 schon 400.¹²² Diese Partnerschaften engagierten zunächst vor allem die Behördenmitglieder (was man der mittleren Ebene zuschreiben muss), mit der Zeit aber auch Angehörige der Zivilgesellschaft dieser Einheiten.¹²³ Bemerkenswert ist jedoch, dass das Interesse an solchen Partnerschaften nicht auf beiden Seiten gleich verteilt war. Während, wie 1958 festgestellt wurde, bei deutschen Gemeinden eine „grosse Bereitschaft bestand“, sei es bisher „auch nicht annähernd“ möglich gewesen, eine entsprechende Zahl französischer Gemeinden zu finden.¹²⁴ Im Falle des Jugendaustauschs war Ähnliches festzustellen (vgl. unten).

121 Strickmann, 2004, S. 135ff. - Pia Nordblom, Zur Rolle der Grenzgebiete im Prozess der bilateralen Annäherung. Das Beispiel der literarischen Vereinigungen (seit 1945). In: Defrance, 2010, S. 291-309.

122 Defrance, 2005, S. 157. Corine Defrance, Les jumelages franco-allemands. Aspect d'une coopération transnationale. In: *Vingtième Siècle*, 99, 2008, S. 189-201. Die Internationale Bürgermeister Union wurde 1948 in der Schweiz gegründet.

123 Weitere Beiträge in: Defrance, 2010, zu den jumelages: Ulrich Pfeil zu Saint-Etienne-Wuppertal 1960, Florence Pacchiano zu Bordeaux-München 1964, Jürgen Dierkes zu Borgentreich-Rue 1986, Christian Sebeke zu den Regionen Rheinland-Pfalz-Burgund 1953-1969 und Hélène Simoneau zu französisch-ostdeutschen Partnerschaften 1959-1975.

124 Defrance, 2005, S. 157.

4. Die Entwicklung in den Sachbeziehungen

Die Ausgangslage - nicht nur 1945, sondern noch 1946 - wird auch in materieller Hinsicht als vollständig beziehungsgestört bezeichnet. Kein Postverkehr, keine Bücher der anderen Seite, keine Besuche. Vom weiteren Verlauf der sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Verflechtung durch Kapital- und Warenströme, durch Migration, in Lebensstil und Kultur und Wissenschaft heisst es, dass seine Erforschung erst Ende der 1980er Jahre eingesetzt habe. Reiner Marcowitz, der dies 2004 bemerkte, nimmt an, dass dieser Prozess zu Beginn der 1950er Jahre eingesetzt habe und stets gewachsen sei.¹²⁵ Auch hier wird, wenigstens in der ersten Formulierung, davon ausgegangen, dass es sich um einen symmetrischen Prozess handelte und natürlich um einen speziellen Prozess, gewissermassen jenseits der allgemeinen gesamt-europäischen Verflechtung und Angleichung, wie sie Hartmut Kaelble 1987 festgestellt hat.¹²⁶ Dazu muss allerdings angemerkt werden, dass sich insbesondere in den 1960er Jahren gegenläufig zu gewissen Angleichungen die nationalstaatliche Kohäsion stärker herausbildete.¹²⁷

125 Reiner Marcowitz, *Idealistische Aussöhnung oder realistisches Machtkalkül? Eine (Forschungs)Bilanz der Frankreichpolitik, 1949-1963*. In: Schwabe, 2005, S. 33.

126 Kaelble, 1987. Miard-Delacroix/Hudemann, 2005, betrachten die Vorgänge der 1950er Jahre auch unter dem generellen gesellschaftlichen Wandel. Diese Publikation enthält einen weiteren Beitrag von Kaelble.

127 Sehr bedenkenswert erscheint der Hinweis von Armin Heinen in seinem Beitrag zur Saarfrage: „Erst die langen sechziger Jahre vollendeten die Ausbildung der Nationalstaaten, indem sie kulturell mittels Fernsehen und Schulen den politischen Raum vereinheitlichten und sozial während des Wirtschaftswunders die Klassenschranken aufhoben.“ In: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005, S. 136.

Historikertreffen

Von den 1950 eingeleiteten deutsch-französischen Historikertreffen wird ein ziemlich ausgeglichenes Bild gezeichnet.¹²⁸ Ausgehend von einem Treffen in Speyer mit grösserer internationaler Beteiligung und einer bilateralen Studientagung in Freiburg im Sommer 1950, fanden 1951 zwei Arbeitstreffen zwischen französischen und deutschen Historikern statt: eine im Mai an der Sorbonne und eine im Oktober in Mainz an dem von Frankreich geförderten Institut für europäische Geschichte. Wie versichert wurde, ging es nicht darum, die Geschichte zu „entnationalisieren“, sondern um die Herbeiführung einer besseren Atmosphäre internationaler Verständigung, indem man ohne Bitterkeit die Motive erklärt, die der Haltung des Nachbarlandes zugrunde liegen. „So wird ein sehr bedeutungsvoller Schritt zur Errichtung freundschaftlicher Beziehungen zwischen zwei Völkern getan, die zu lange getrennt waren, und damit ein Schritt zur Bildung eines echten europäischen Geistes.“¹²⁹ Die Empfehlungen nahmen einen Katalog der Zwischenkriegszeit (1935)¹³⁰ auf, bei dem damals in 15 von 40 Punkten Differenzen geblieben waren, die 1951 aber ausgeräumt wurden. Die Verständigung sei, berichtet Jacques Droz, nicht mit billigen Kompromissen zustande gekommen, man habe zum Teil, und insbesondere um die Kriegsschuld von 1914, schwer gerungen.

128 Edouard Bruley, Zu den Ergebnissen der deutsch-französischen Historikertreffen nach 1945. In: Deutschland-Frankreich. Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Stuttgart 1954. S. 45-80. - Jacques Droz, Zur Revision des deutsch-französischen Geschichtsbildes. Ebenda, Bd. 2, Stuttgart 1957. S. 89-101. Droz nochmals, Les causes de la Première Guerre mondiale. Paris 1973. S. 53ff.

129 Bruley, 1954, S. 50.

130 Erste Versuche waren im „Geiste von Locarno“ von Lehrern beider Seiten bereits 1926 unternommen worden.

Weitere Treffen dieser Art fanden 1952 in Tübingen, 1953 in Tours, 1954 in Flensburg und 1955 in Sèvres statt. 2003 kam aus dem deutsch-französischen Jugendparlament, das zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags durchgeführt wurde, die Anregung für die Erarbeitung einer gemeinsamen deutsch-französischen Geschichte Europas. Peter Geiss, einer der Direktoren des Unternehmens, machte nach Abschluss der Arbeit die für unsere Fragestellung wichtige Feststellung, dass dieses Buch eher das Resultat des bestehenden Dialogs als ein Instrument zur Versöhnung sei.¹³¹

Jugendaustausch

Eine wichtige und weitestgehend von intermediären Institutionen geförderte und betreute Dimension bildeten die Jugendtreffen und der Jugendaustausch. Es ist aber schwer auszumachen, was wofür eine Voraussetzung war. Knapp ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung des Elysée-Abkommens wurde das Gründungsabkommen für das so genannte Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) am 5. Juli 1963 unterzeichnet.¹³² Die neue Institution wurde mit 40 Millionen D-Mark finanziert. Zunächst nahm das Jugendwerk eine „Orientierungs- und Finanzierungsaufgabe für den Ausbau der deutsch-französischen Jugendbegegnungen“ wahr und unterstützte bestehende Jugendverbände. Eigene Programme wurden nur in Ausnahmefällen durchgeführt. Die Zahl der Förderanträge überstieg jedoch bereits im Sommer 1964

131 Peter Geiss, *Beyond National Narratives - a French-German Contribution to the Making of European History*. In: Oliver Rathkolb (Hg.), *How to (Re)Write European History*. Innsbruck 2010. S. 189-204. Zit. S. 191. Wichtig ist Geiss' Feststellung, dass die Differenzen weniger in den Geschichtsinhalten als in der Geschichtsdidaktik liegen. Konkret geht es um das Werk: Peter Geiss/Daniel Henri/Guillaume Le Quintrec (Hg.), *Histoire/Geschichte. L'Europe et le monde du Congrès de Vienne à 1945*. Paris 2008. Auch auf Deutsch erschienen. Leipzig 2008.

132 Lappenküper, 2001, S. 1839.

den Etat für das gesamte Jahr. In Frankreich wurden 2'979 und in der BRD 2'246 Programme unterstützt, womit 217'633 Jugendlichen beider Länder eine Unterstützung zuteil wurde. Trotz der erfreulichen Ergebnisse des Jugendwerks wurde dessen Etat nach 1968 schrittweise zurückgefahren. Das Jugendwerk existiert nach wie vor und hat nach eigenen Angaben seit seiner Gründung über 8 Millionen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an Austauschprogrammen ermöglicht.¹³³

Es gab jedoch Jugendaustausch, bevor es das „Jugendwerk“ gab. Mehrere deutsche Universitäten waren, zum Teil mit Partnerschaften, in dieser Hinsicht aktiv. Ein Beispiel aus dem Jahr 1948 zeigt, dass auch in diesen Fällen das Interesse vor allem von der deutschen Seite kam und dass zu diesem frühen Zeitpunkt die Aufnahmebereitschaft auf französischer Seite noch sehr gering war. Wegen der „verbreiteten Germanophobie“ habe die Universität Freiburg damals keinen Austausch mit Frankreich veranstalten können und darum ihre Studenten in die Schweiz schicken müssen.¹³⁴

Barbara Dümmer erklärt, dass die Jugendbewegungen einen wichtigen Impuls für die Entstehung von Städtepartnerschaften darstellten.¹³⁵ In einigen Fällen dürften sie aber auch das Resultat solcher institutionalisierter Partnerschaften gewesen sein. Grössere Begegnungen (auch Austausch genannt) tauchen in der Literatur erst im Jahr 1953 auf. Und sie waren alles andere als ausgeglichene Operationen: 1952 gingen rund zehnmals mehr Deutsche nach Frankreich (4'540) als Franzosen nach Deutschland (420). In den folgenden Jahren waren

133 Deutsch-Französisches Jugendwerk. Geschichte. <http://www.dfwj.org/geschichte> (Stand: 21.01.2011).

134 Defrance, 2005, S. 198.

135 Dümmer, in: Defrance, 2010, S. 192. Jugendtreffen werden hier explizit als Vorstufen der Städtepartnerschaften bezeichnet, S. 197. Vgl. auch die Aufsätze zur demographischen Situation von Jean-François Sirinelli und Michel Hubert in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005.

die Zahlen allgemein tiefer; das Verhältnis blieb grosso modo das gleiche oder war noch schlechter.¹³⁶ Um 1988 war noch die gleiche Einseitigkeit festzustellen: 40% der jungen Deutschen hatte Frankreich besucht, dagegen nur 25% der jungen Franzosen Deutschland.¹³⁷

Das führt uns zur Frage nach den Sprachkenntnissen beziehungsweise zur Frage, inwiefern diese für die Verständigung im übertragenen Sinn eine wichtige Voraussetzung waren. Allgemein gesprochen: Fehlende Sprachkenntnisse müssen nicht eine Belastung der Verhältnisse bedeutet haben, vorhandene Sprachkenntnisse verbesserten dagegen die Chance, dass sich das wechselseitige Verständnis verbesserte.¹³⁸

Reiseregime

Im Hinblick auf die Vergleiche mit den Vorgängen der jüngsten Vergangenheit in Ex-Jugoslawien müssen hier auch noch die Regelung im Reiseregime und die Reisepraxis kurz angesprochen werden. Auch hier war man weit davon entfernt, symmetrische Verhältnisse zu haben: Es reisten wesentlich mehr Deutsche nach Frankreich als Franzosen nach Deutschland. Frankreich war zum Beispiel im Juli 1952 das von den Deutschen am meisten bereiste Land.¹³⁹ Zur Erholung oder zum

136 Angaben von Defrance, 2005, S. 210.

137 Erwin Märki, Wie die Deutschen die Franzosen sehen. In: Basler Zeitung vom 22. Januar 1988.

138 Pia Nordblom / Verena v. Wiczlinski, Die Sprache des Nachbarn im französischen und (west-)deutschen Schulunterricht seit 1945 – Sonderfall Grenzregionen? (erscheint im Herbst 2011).

139 48% waren damals überhaupt noch nie im Ausland gewesen, Frankreich stand mit 27% an erster Stelle, gefolgt von Benelux mit 20%, Russland mit 17%, Polen und Italien mit je 12% und die Schweiz mit 10%. Beträchtlich war der Geschlechterunterschied mit einer starken Mehrheit der Männer. Vgl. Joachim Korupka, Nachbarn in Europa. In: Joachim Korupka/Wilfried Kürschner (Hg.), Deutschland und Europa - Europa

Urlaub besuchte man das Nachbarland seit den 1960er Jahren. Die Anzahl der französischen Touristen, die 1973 in die Bundesrepublik einreisten, war mit 0,6 Millionen fünfmal niedriger als diejenige der Deutschen in Frankreich.¹⁴⁰

Die BRD hatte im Juli 1953 den Sichtvermerkszwang für alle französischen Staatsangehörigen einseitig aufgehoben. Im Gegenzug erklärte sich die französische Regierung im Oktober 1953 bereit, den Visumszwang wenigstens für deutsche dienstliche Pässe aufzuheben. In gewöhnlichen Reisepässen blieben die französischen Sichtvermerke Vorschrift, aber sie sollten fortan gebührenfrei sein. Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik blieb gegenüber Frankreich noch einige Zeit schlechter gestellt.¹⁴¹ Erst im Dezember 1957 wurde in Paris das Europäische Übereinkommen über die Regelung des Personenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates unterzeichnet und damit fortan der Visumszwang auch für deutsche Frankreichreisende vollständig aufgehoben.¹⁴² Die Berufsausübung und das Gewerbetreiben im Nachbarland waren jedoch weiterhin mit vielen höchst komplizierten Regelungen verbunden.¹⁴³ Erste Vereinfachungen bezüglich Niederlassungsrecht und Doppelbesteuerung wurden 1956 respektive 1959 getroffen.¹⁴⁴

Die generellen Bilder und Einstellungen dürften teilweise von konkreten Erfahrungen, in noch höherem Masse aber auch von Vorstellungen bestimmt gewesen sein, die über Meinungen von Drittpersonen und Medien zustande gekommen sind. Dazu hier nur eine punktuelle

und Deutschland. Münster 1998. S. 91.

140 Lucie Filipová, 2008.

141 Lappenküper, 2001, S. 1884. - Hans-Peter Schwarz: Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1. 1. Januar bis 30. Juni 1953. Institut für Zeitgeschichte. München 2001. S. 330.

142 <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/025.htm> (Stand: 09.03.2011).

143 Filipová, 2008, S. 21.

144 Poidevin/Bariéty, 1977, S. 344.

Bestandesaufnahme: Als im September 1962 gefragt wurde, „Mögen Sie eigentlich die Franzosen oder mögen Sie sie nicht besonders?“, antworteten 44% der Deutschen, dass sie die Franzosen mögen, 24% mochten sie nicht besonders, der Rest war unentschieden oder hatte keine Meinung.¹⁴⁵ Eine analoge Frage in Frankreich könnte weniger gute Resultate erzielt haben.

Militärische Kooperation (mehrheitl. zusammengestellt von D. Hofer)

Eine Kennerin der Fragen stellte fest, dass die militärischen Beziehungen der „ultime indicateur“ der Substanz der zwischenstaatlichen Beziehungen seien.¹⁴⁶ Die militärischen Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik waren nach 1945 zunächst davon dominiert, dass Frankreich eine Wiederbewaffnung der Deutschen auf jeden Fall verhindern wollte. Aufgrund der wechselnden Bedrohungslage im Kalten Krieg (Korea-Krieg) konnte man sich jedoch nicht länger verweigern. Es lancierte 1950 mit dem Pleven-Plan die Schaffung einer integrierten Europaarmee. Der mühsam ausgearbeitete und im Mai 1952 in Paris von Frankreich, der BRD, den Benelux-Staaten sowie Italien unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) sah aber vor, dass Westdeutschland diverse Beschränkungen auferlegt werden sollten. Am 30. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung die Ratifizierung des Vertrages ab. Frankreich war nicht bereit, auf die eigene Handlungsfreiheit zu verzichten und dabei eine deutsche Wiederbewaffnung in Kauf zu nehmen.¹⁴⁷

145 Elisabeth Noelle-Neumann/Erich Peter: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965-1967. Allensbach 1967, S. 441.

146 Beatrice Heuser, Facteurs militaires: 50 ans de rapport franco-allemands de sécurité et de défense. In: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005, S. 87. Weiterer Beitrag zum Thema von Klaus-Jürgen Müller.

147 Ziebura, 1997, S. 114.

Die Ablehnung der EVG hatte einen heilsamen Effekt: Unter massivem Druck der Angelsachsen und aus Furcht vor Isolierung willigte Frankreich im September 1954 ein, dass westdeutsche Divisionen in die NATO eingegliedert werden.¹⁴⁸ Am 23. Oktober 1954 wurden die so genannten Pariser Verträge von den Mitgliedern der Westeuropäischen Union (WEU), der BRD und Italien unterzeichnet.¹⁴⁹ Damit endete das Besatzungsstatut, die Bundesrepublik wurde mit wenigen Einschränkungen souverän, die Alliierte Hohe Kommission aufgelöst. Fortan fand die militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Frankreich im Rahmen der NATO und der neu geschaffenen WEU statt.

In verschiedenen bilateralen Abkommen versuchte Frankreich darüber hinaus eine deutsche (und vor allem finanzielle) Unterstützung für den Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht zu erhalten. So im zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien geschlossenen Abkommen von Colomb-Béchar im März 1956 oder bei weiteren Gesprächen zwischen den Verteidigungsministern im Frühjahr 1958. Bei seinem Amtsantritt sistierte de Gaulle diese Vereinbarung jedoch, nachdem er im Juli 1958 die Regierung übernommen hatte.¹⁵⁰

Ein 1960 geschlossenes logistisch-militärisches Rahmenabkommen über die Einrichtung einer ständigen Kommission aus Mitgliedern beider Führungsstäbe und die Erschließung ostfranzösischer Übungsplätze für die Bundeswehr wurde von de Gaulle noch im Herbst desselben Jahres vorerst ausgesetzt.¹⁵¹ Frankreich lag vor allem daran, die vollständige Kontrolle über die eigenen Streitkräfte zu behalten, während Westdeutschland nicht auf den amerikanischen Schutz verzichten wollte.

148 Ebenda, S. 118.

149 Zum 50jährigen Bestehen wurde in Paris ein internationales Kolloquium abgehalten, aus dessen Beiträgen die Publikation von Miard-Delacroix/Hudemann 2005 entstand, u.a. mit einem Beitrag von Georges-Henri Soutou.

150 Lappenküper, 2001, S. 1197.

151 Ebenda, S. 1898.

Trotz des 1963 im Elysée-Vertrag formulierten Ziels der Annäherung auch auf dem Gebiet der militärischen Strategie und Taktik, erachtete die deutsche Regierung eine strategische deutsch-französische Kooperation nicht als Alternative zur NATO. Nach dem Rückzug Frankreichs aus deren integrierten Strukturen und der „Vernunftsentscheidung“ Bonns¹⁵² für Washington befand sich die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten endgültig in der Sackgasse, was sich erst in den 1980er Jahren änderte (Eurocorps, Deutsch-Französischer Verteidigungs- und Sicherheitsrat usw.). Dennoch gab es den Austausch auf Truppenebene und eine gewisse Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.¹⁵³

Wirtschaftsbeziehungen (Daniel Hofer)

Nach dem Krieg stieg der Handel von Frankreich mit Westdeutschland schnell an. 1947 belief sich der Export Westdeutschlands nach Frankreich auf 117 Millionen \$, der Import aus Frankreich auf 38 Millionen \$. Bereits in den frühen Nachkriegsjahren zeigte sich hierbei ein starkes Aussenhandelsdefizit von Frankreich, welches, wenn man nur den französischen Handel mit der französischen Besatzungszone betrachtet, noch stärker ins Gewicht fällt.¹⁵⁴

Deutsche Ausfuhren mussten bis 1947 ausschliesslich in Dollar bezahlt werden, woran sich das französische Besatzungsregime auch im Verkehr mit Frankreich zu halten hatte. Da Frankreich jedoch knapp an Dollars war, widersprach dies den Absichten der Franzosen, ihr

152 Florence Krieger-Gauzy, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil: 1963: année pivot des relations franco-allemandes? - Der Blick des Historikers auf den Elysée-Vertrag, in: [historicum.net](http://www.historicum.net), http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/1925/ (Stand: 21.03.2011).

153 Ebenda.

154 Buchheim, 1997, S. 86. Vgl. auch einen weiteren Aufsatz von Buchheim und von Bernard Polini in: Miard-Delacroix/Hudemann, 2005.

eigenes Land zu Lasten der Deutschen wiederaufzubauen. Mit den so erlangten Devisen konnte sich Westdeutschland auf dem Weltmarkt mit dringend benötigten Gütern eindecken.¹⁵⁵

Im Jahr 1949 hatte sich der Handel zwischen Westdeutschland und Frankreich gegenüber 1947 beinahe verdoppelt. Das Missverhältnis in der französischen Handelsbilanz blieb jedoch weiterhin bestehen (217 Millionen \$ Export aus Deutschland, 73 Millionen \$ aus Frankreich).¹⁵⁶ Zur Devisenbeschaffung konnte Frankreich allerdings auf Ziehungsrechte gegen Westdeutschland zurückgreifen, welche die USA zur Ankurbelung des innereuropäischen Handels durchgesetzt hatten. Deutschland war somit in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor diskriminiert, auch wenn die zu leistenden Reparationszahlungen und Besatzungslasten abnahmen.

Die Situation wendete sich wegen ungleicher Währungsveränderung und der Korea-Krise, wo sich zeigte, dass die Bundesrepublik international nicht gleich abgesichert war wie Frankreich; die Bundesrepublik fuhr gegenüber Frankreich ein Handelsdefizit ein. Als für die BRD im Februar 1951 die zuvor schrittweise ausgeweitete liberalisierte Einfuhr von Gütern aus OECD-Mitgliedsländern ausgesetzt wurde, gewährte Frankreich grosszügige Einfuhrkontingente. Dadurch erzielte Westdeutschland gegenüber Frankreich noch im selben Jahr wieder einen Handelsüberschuss. Als die europäische Liberalisierung 1952 wieder zunahm, konnte sich die BRD wieder anschliessen, während Frankreich gezwungen war, sich zum Schutz seines Binnenhandels zu entliberalisieren.¹⁵⁷ So wurden in den 1950er Jahren die Einfuhr von Fertigwaren nach Frankreich kontingentiert oder die französische Industrie durch hohe Zölle geschützt. Der deutsche Überschuss im Handel mit Frankreich blieb jedoch bis 1963

155 Ebenda, S. 87.

156 Ebenda.

157 Ebenda, S. 88.

(und auch danach) weitestgehend bestehen. Dieses Ungleichgewicht bedrohte die bilaterale Machtbalance, trug aber auch zur integrativen Kontrolle bei, da sich Frankreich erhoffte, durch die Annäherung an Deutschland selbst von dessen Wirtschaftskraft zu profitieren und diese eventuell in eine gewünschte Richtung lenken zu können.¹⁵⁸ Der Wert des Handels zwischen der BRD und Frankreich nahm von 1950 bis 1958 konstant zu, allerdings verglichen mit anderen Ländern nur unterdurchschnittlich. So fiel der französische Anteil am westdeutschen Aussenhandel im selben Zeitraum von 6,6% auf 5,5%.¹⁵⁹ Erst im Jahre 1957 sollte sich dies schlagartig ändern; sprunghaft wurde Frankreich zum zweitwichtigsten Handelspartner der BRD (nach den USA). In den Jahren 1959 und 1960 stiegen die Importe aus Frankreich um 150%, und die deutschen Exporte verdoppelten sich beinahe.¹⁶⁰ Dies lässt sich auf französischer Seite mit einer Abwertung des Franc in den beiden vorherigen Jahren erklären; gleichzeitig hatten die im Rahmen der EWG in Kraft getretene Erweiterung von Einfuhrkontingenten und die erste Senkung der Binnenzölle um 10% einen wesentlichen Anteil. Bis Mitte der 1960er Jahre wurde Frankreich zum grössten Handelspartner der Bundesrepublik mit einem Anteil von 11%. Gleichzeitig war die Bundesrepublik mit einem Anteil am Aussenhandel von 19% auch der grösste Handelspartner Frankreichs.¹⁶¹ Die eigentliche Handelsverflechtung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich ist auf die Konstituierung der EWG und die Errichtung einer Zollunion in ihrem Rahmen zurückzuführen.

Die allmähliche wirtschaftliche Verschränkung fand ihren Ausdruck nicht nur im Anstieg des Handelsvolumens, sondern auch in der Art der ausgetauschten Güter. Zu Beginn der 1950er Jahre handelten Westdeutschland und Frankreich vor allem mit Primärgütern; so im-

158 Lappenküper, 2001, S. 1872.

159 Buchheim, 1997, S. 89.

160 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 316.

161 Ebenda 1967, S. 318.

portierte die BRD hauptsächlich Rohstoffe und Nahrungsmittel (29% 1952). Durch den Wegfall der deutschen Agrarfläche auf dem Gebiet der DDR bestand eine grosse Nachfrage nach Nahrungsmitteln in der BRD, welche Frankreich decken konnte. Frankreich benötigte im Gegenzug viel Kohle aus Deutschland (43% des deutschen Exports nach Frankreich) und importierte zudem Maschinen. Diese Art des Aussenhandels bezeichnet Buchheim als noch überwiegend komplementär; man verkaufte dem anderen primär Güter, an denen er Mangel litt.¹⁶² Bereits zu diesem Zeitpunkt begann jedoch Westdeutschland trotz seiner Kohleausfuhr einen relativ hohen Anteil Stahl aus Frankreich einzuführen (9% der Gesamtimporte).¹⁶³ Dadurch konnte Frankreich zumindest teilweise mit der deutschen Kohle die eigene Wirtschaft stärken. Die Auswirkungen der ab 1953 aktiven Montanunion auf diesen Prozess zeigt sich am Beispiel der Handelsbilanzen von 1957. Die Aufhebung der quantitativen Handelshemmnisse und der Binnenzölle hatte zur Folge, dass der gegenseitige Handel mit Eisen und Stahl in jenem Jahr beinahe ausgeglichen war. In diesem Bereich konnte man demnach nicht mehr vom Handel mit komplementären Gütern sprechen. Staatsgrenzen hatten ihren Einfluss auf das Handelsgeschehen verloren. Viel wichtiger waren nunmehr die Distanz und die Transportverbindungen zum Verbraucher, so dass zum Beispiel nordfranzösische Küstenregionen Ruhrstahl anstatt Lothringer Stahl zu verwenden begannen.¹⁶⁴ Die deutschen und französischen Unternehmerverbände versuchten, die Risiken des offenen Marktes mit erfolglosen (Kartell-)Absprachen zu minimieren; sie schufen dadurch jedoch eine Basis für den gegenseitigen Austausch der Industrien.¹⁶⁵

Dieser intra-industrielle Austausch zwischen Westdeutschland und Frankreich nahm das spätere Muster des Handels vorweg, welches

162 Buchheim, 1997, S. 90.

163 Ebenda, S. 91.

164 Ebenda, S. 93.

165 Franz Knipping: Welches Europa soll es sein? In: Wilkens, 1997, S. 271.

sich mit der Zollunion im Rahmen der EWG auf alle Güter ausdehnte.¹⁶⁶ Nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957, wurden sämtliche Handelshemmnisse bis 1968 schrittweise abgebaut. Die EWG enthielt dabei weit weniger supranationale Elemente als die EGKS, was den Franzosen entgegen kam. Die EWG ermöglichte es, dass die deutsche und die französische Volkswirtschaft mehr und mehr zu einem grossen Markt verschmolzen, wie dies auf dem Kohle- und Stahlsektor bereits teilweise geschehen war.¹⁶⁷

Ähnlich wie dem Handel erging es dem internationalen Kapitalverkehr in der Nachkriegszeit, der anfangs von Verboten und Einschränkungen geprägt war. Für Deutsche war wirtschaftliche Betätigung in Frankreich zunächst fast ganz ausgeschlossen. Nach verschiedenen Lockerungen wurden Auslandsinvestitionen für Deutsche 1957 in beliebiger Höhe generell erlaubt. Französische Direktinvestitionen in der BRD waren nie speziell diskriminiert, dennoch entwickelten sie sich nicht schneller als die deutschen Investitionen in Frankreich. Generell stieg das investierte Kapital erst in den 1960er Jahren allmählich an. 100 Millionen DM deutsche Direktinvestitionen in Frankreich von 1960 standen im Jahre 1970 1,7 Milliarden DM gegenüber, während im gleichen Jahr 1,1 Milliarden DM von Frankreich nach Westdeutschland flossen. Auch hier hat die EWG-Mitgliedschaft beider Länder fördernd gewirkt.¹⁶⁸

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und Frankreich von 1945 bis 1963 begannen mit der Besatzungszeit und den Reparationszahlungen. Es folgten zu Beginn der 1950er Jahre restriktive Einfuhrkontrollen und eine Diskriminierung der BRD in Auslandsinvestitionsmöglichkeiten. Die Verflechtung von deutschen und französischen Unternehmensbereichen durch Direktinvestitionen und der Aufstieg zum jeweils grössten Handlungspartner dauerten

166 Buchheim, 1997, S. 94.

167 Ebenda.

168 Ebenda, S. 99.

wesentlich länger als im Falle der allgemeinen Integration Westdeutschlands mit anderen Ländern, was nicht zuletzt an den Widerständen in Frankreich lag. Diese wurden erst durch die kleineuropäische Integration innerhalb der EWG überwunden.¹⁶⁹ Die asymmetrischen, aber komplementären Wirtschaftskontakte zwischen den ehemals verfeindeten Ländern trugen zur Normalisierung der Beziehungen bei. Sie verliefen zunächst separat vom politischen Prozess und diesem nachgeordnet. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung gegenüber der politischen Annäherung, kann davon ausgegangen werden, dass der wirtschaftlichen Verflechtung im beginnenden Versöhnungsprozess keine leitende, sondern nur eine unterstützende Funktion zukam. Die potentielle Überwindung ökonomischer Gegensätze (in der EWG) waren die Folge und nicht die Ursache der Annäherung.

169 Ebenda, S. 100.

Et lorsque sonnerait l'alarme,
S'il fallait reprendre les armes,
Mon cœur verserait une larme,
Pour Göttingen, pour Göttingen...

Barbara, 1965

5. Zum Schluss

Der Schlüssel zur Verständigung nach 1945 lag auf der französischen Seite als der Siegerseite. Am Anfang sprach wenig für eine Annäherung, auch wenn sich in der französischen Administration (Jean Monnet) und in Kreisen der katholischen Kirche vereinzelt Stimmen in dieser Richtung erhoben. Die objektiv gegebene Konstellation der Westlagerbildung machte eine Preisgabe der auf französischer Seite anfänglich praktizierten Dominanzhaltung möglich. Gleichsam „zu Gunsten Frankreichs“ und das etablierte Bild der Dominanzpolitik abschwächend, ja wesentlich relativierend, wird hervorgehoben, dass die französische Deutschlandpolitik schon bald nicht mehr bloss in militärischen und territorialen Kategorien gedacht wurde und die französischen Investitionen in die Demokratisierung und in die Kulturpflege wichtige Beiträge im Annäherungsprozess gewesen seien.¹⁷⁰ Das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs blieb allerdings bestehen; man war sich aber bewusst geworden, dass es nicht mit der Methode Poincarés erreicht werden konnte; darum versuchte man es mit der Methode Monnet: Sicherheitspolitik nicht durch Schwächung des Nachbarlandes, sondern durch dessen Integration.¹⁷¹

170 Rainer Hudemann in mehreren Beiträgen. - Joseph Jurt: „Der Demokratisierungsprozess implizierte aber à la longue den mündigen Bürger auf gleicher Augenhöhe“ (Mitteilung Mai 2011).

171 Jurt, 2006.

Die kontinuierlich verfolgte Zielsetzung hiess nicht Versöhnung; diese war vielmehr ein Nebenergebnis. Auf französischer Seite wollte man stetig die eigene Position möglichst stark haben und den wieder erstar-kenden deutschen Nachbarn einbinden. Und auf deutscher Seite wollte man Gleichstellung, ohne bei Frankreich deswegen Befürchtungen aufkommen zu lassen.

Auf deutscher Seite war klar, dass nach der totalen Niederlage nur mit viel Geduld der Status einer gleichgestellten Partnerschaft angestrebt werden konnte. Eine wichtige Hilfe war, dass Deutschland als der po-litisch schwache Teil ökonomisch der stärkere war. Die Wirtschaft war aber eine weitgehend unabhängig von der Annäherungspolitik sich entwickelnde Dimension.

Der Politikwissenschaftler Adolf Kimmel umriss klar den neuen Kontext, der diese dauerhafte Wende möglich machte:

- Die Bundesrepublik umfasste bloss die Hälfte des Terri-toriums, das Deutschland 1937 ausgemacht hatte; das Bedrohungs-potential war so geringer.
- Die Bundesrepublik stand noch unter dem Besatzungsstatus und verfügte im Unterschied zu 1918 über keine Armee.
- Die Bundesrepublik war durch die Kriegsschäden ökonomisch stark geschwächt, und das Ruhrgebiet unterstand der inter-alliierten Kontrolle.
- Die Bundesrepublik war ein föderalistischer Staat, was in den Augen Frankreichs, das noch lieber einen Staatenbund gesehen hätte, auch politische Schwäche bedeutete.

- Schliesslich war die Bundesrepublik nicht mehr durch die preussischen Junker bestimmt, sondern durch das in ihren Augen ‚gute Deutschland‘, in dem das rheinische und süddeutsche, katholische und eher frankophile Element überwog.¹⁷²

Die Teilung Deutschlands hat so wesentlich die Politik der Annäherung erleichtert. Die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 war deswegen für Frankreich wieder ein Problem (vgl. den nachfolgenden Beitrag von Marie-Noëlle Brand Crémieux).

Es wäre aber falsch, die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nur dem internationalen Kontext, der neuen Situation des Kalten Krieges zuzuschreiben. All das wurde vorbereitet und getragen durch das vernunftorientierte Engagement von Staatsmännern und das Eintreten hellstichtiger Kräfte der Zivilgesellschaft.

Auf der Ebene der Regierungspolitik mag die Einsicht vorgeherrscht haben, dass die eigenen Interessen zusammen mit dem Nachbarn besser verfolgt werden konnten als gegen diesen. Die zentrale Voraussetzung dafür war aber, dass die versöhnlichen Beziehungen nicht in einer Zweierkombination, sondern über das Vehikel der Europäischen Gemeinschaft in einer Kombination von sechs Staaten gepflegt werden konnten. Gab es klar umrissene Streitpunkte, die das Verhältnis belasteten und mit Entgegenkommen entschärft werden mussten?

- Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands hätte ein Punkt sein können, war aber nicht wirklich einer, weil diese Frage im multilateralen Rahmen gelöst wurde und in Westdeutschland selbst umstritten war.
- Ein gewichtiger Streitpunkt hätte die Zugehörigkeit des Saarlandes sein können. Sie war es aber nicht, weil hier

¹⁷² Zusammengefasst von Joseph Jurt, Mitteilung Mai 2011; Kimmel, 2002.

Westdeutschland darauf verzichtete, Ansprüche anzumelden und die Bevölkerung vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen konnte.

- Die Wiedervereinigung hätte ein Streitpunkt sein können, war es aber auch nicht, weil sich die Frage konkret nicht stellte. Erst 1990 bedeutete sie eine temporäre Belastung des guten Verhältnisses, das bis dahin konsolidiert war und dadurch nicht ernsthaft gefährdet werden konnte.

Gab es bewusste Freundschaftsleistungen, welche sich auf die gesamten Beziehungen positiv auswirkten? Dazu kann man schwerlich einen vollständigen Überblick haben. Es dürfte sie schon gegeben haben, etwa in Solidaritätsbekundungen Deutschlands¹⁷³ in der Suezkrise 1956 und Frankreichs in der Berlinkrise 1961.

Stationen der Annäherung und Versöhnung? Die zivilgesellschaftlichen Beiträge mit ihren fließenden Entwicklungen waren und sind in der Regel nicht so beschaffen, dass sie markante Zäsuren produzieren. Darum bleiben nur die zwischenstaatlichen Übereinkommen als Stationen zu nennen. Stationencharakter haben: 1949 das Petersberger Abkommen mit der Schaffung einer beschränkt souveränen BRD, 1950/51 die Verkündung und Unterzeichnung der Montanunion, 1954 mit den Pariser Verträgen (Erlangen der nahezu vollen Souveränität der BRD) und 1963 mit dem Abschluss des Elysée-Partnerschaftsvertrags.¹⁷⁴ An ihnen wurde zwar gearbeitet, sie waren

173 Als besonderes Entgegenkommen deutscherseits hebt Lappenküper die Nuklearzusammenarbeit (Abkommen von Colomb-Béchar vom März 1956) hervor.

174 Eine allerdings nicht wirklich nach „Stationen“ fragende zweisprachige Chronologie zu den deutsch-französischen Beziehungen ist zum 25. und dann zum 30. Jahrestag des Elysée-Vertrags von 1963 erschienen: Deutschland-Frankreich, Ein neues Kapitel ihrer Geschichte, 1948-1963-1993. Bonn 1993. Hg. vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg.

aber eher das Ergebnis der Geschichte, als dass sie hätten gezielt angepeilt werden können.

Alles in allem dominierte die hohe Politik. Die Frage bleibt jedoch, wer die Avantgarde bildete. Waren es die zwischenstaatlichen oder die zivilgesellschaftlichen Akteure? Es lässt sich eindeutig feststellen, dass einzelne Gruppen der Zivilgesellschaft als erste aktiv wurden. Ihre Wirkung (ihr „impact“) auf andere Gruppen, auf die gesamte Gesellschaft und nicht zuletzt auch auf die staatlichen Akteure lässt sich aber nur vermuten und nicht nachweisen.

Möglicherweise entspricht die Vorstellung eines Ablaufs in drei Phasen am ehesten der Realität, mit Engagements: 1. einzelner zivilgesellschaftlicher Gruppen, 2. der zwischenstaatlichen Annäherungen und Vereinbarungen und 3. der breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung. Wichtig ist indessen, die breiten Bewegungen der dritten Phase nicht schon in der ersten Phase als gegeben anzunehmen. Joseph Jurt ist überzeugt, dass es eine zivilgesellschaftliche Aussöhnung auch ohne politischen Überbau hätte geben können. Und was die Aktivitäten der zwischenstaatlichen Akteure in der zweiten Phase betrifft: Sie kamen nicht auf Grund von Impulsen oder gar Pressionen der Akteure der ersten Phase zustande. Der „Druck“ der Bevölkerungen war nicht auf beiden Seiten der gleiche. Auf deutscher Seite waren sowohl die Erwartung gegenüber einer Annäherung als auch die Gegnerschaft gegen eine Annäherung klein. Auf französischer Seite dagegen waren die Erwartungen gegenüber einer Annäherung sozusagen inexistent und die Gegnerschaft gegenüber einer Annäherung gross. Der von Dietmar Hüser formulierte Befund zu den Verhältnissen auf französischer Seite dürfte zutreffen: „Verständigung zwischen Franzosen und Deutschen galt es damals ‚von oben‘ anzustossen, damit sie über kurz oder lang ‚nach unten‘ durchdringen konnte.“¹⁷⁵

175 Hüser, 1996, S. 725.

Auf beiden Seiten gab es anfänglich erhebliche Gegnerschaften (in Frankreich die kommunistischen und die gaullistischen Nationalisten, in Deutschland anfänglich die Sozialdemokraten und später die freihändlerisch eingestellten Kräfte). Unter den Rückschlägen ist derjenige der gescheiterten EVG (1954) der grösste, aber mit produktiven Nachwirkungen bis hin zum Kulturabkommen von 1954.

Alles in allem könnte der rhetorische Anteil am Annäherungsprozess bescheiden gewesen sein. Die früheren Vorstellungen von der „Erbfeindschaft“ hatten im Verbalen einen weit stärkeren Niederschlag gefunden, als die Vorstellungen von der „Erbfreundschaft“ dann explizit gemacht wurden. Heute sind die Beziehungen auf zwischenstaatlicher und auf zivilgesellschaftlicher Ebene im positiven wie im negativen Sinn routiniert. Nach 1963 wurden sie in den regelmässigen Treffen auch zeremoniell demonstriert. Herausragender Höhepunkt war das Treffen mit den Hände haltenden Staats- und Regierungschefs Mitterrand und Kohl in Verdun 1984. Routine kann sicher auch eine Gefahr sein. Über die Jahre wurde aber immerhin erreicht, dass Konsens zwischen den beiden Partnern als das vorherrschende Grundmuster angenommen wurde. Dies schloss und schliesst Dissens nicht aus, doch wird dieser als Abweichung gewertet und die gleichgerichtete Haltung als glückliche Norm.

6. Literatur

1. Albertin, Lothar (Hg.), Deutschland und Frankreich in der Europäischen Union: Partner auf dem Prüfstand. Tübingen 2010.
2. Bitsch, Marie-Thérèse, La triple option de Paris: Pour une Europe supranationale et sectorielle autour d'un noyau franco-allemand. In: Andreas Wilkens (Hg.), Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen. Bruxelles 2004. S.149-168.
3. Bock, Hans Manfred (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Opladen 1998. Und grosser Beitrag in Defrance, 2010.
4. Bosbach, Franz (Hg.), Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit. Köln 1992.
5. Bossuat, Gérard, La déclaration Schuman: De l'histoire au mythe. In: Wilkens, Andreas (Hg.), Le plan Schuman dans l'Histoire: Intérêts nationaux et projet européen. Brüssel 2004. S. 391-420.
6. Brand Crémieux, Marie-Noëlle, Les Français face à la réunification allemande, automne 1989 - automne 1990. Paris 2004.
7. Buchheim, Christoph: Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im Spiegel der Zahlungsbilanz 1945-1970. In: Wilkens, Andreas (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960. Sigmaringen 1997. S. 83-100.
8. Christadler, Marieluise, Der Einfluss französischer Intellektueller auf Nachkriegs-Deutschland. In: Klaus Manfrass/Jean-Pierre Rioux (Hg.), France-Allemagne 1944-1947. Paris Dez. 1989/Jan. 1990. S. 267-284.
9. Defrance, Corine u.a. (Hg.), Der Elysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2005. München 2005.
10. Defrance, Corine: Sentinelle ou pont sur le Rhin? Paris 2008 (zum

Strassburger Centre d'Etudes Germaniques).

11. Defrance, Corine/ Pfeil, Ulrich, 1963: année pivot des relations franco-allemandes? - Der Blick des Historikers auf den Elysée-Vertrag, in: http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/1925/.
12. Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 - 1963 (Deutsch-Französische Geschichte, Bd. 10). Darmstadt 2011.
13. Defrance, Corine/Kissener, Michael/Nordblom, Pia (Hg.), Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen. Tübingen 2010.
14. Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (Hg.), Deutschland-Frankreich, Ein neues Kapitel ihrer Geschichte, 1948-1963-1993. Bonn 1993.
15. Droz, Jacques, Zur Revision des deutsch-französischen Geschichtsbildes. In: Ludwigsburger Beiträge zum Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Bd. 2, Stuttgart 1957. S. 89-101.
16. Eck, Jean-François, Les Entreprises françaises face à l'Allemagne de 1945 à la fin des années 1960. Paris 2003.
17. Erbfeinde-Erbfreunde. Die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1870 und 1945 im Spiegel zeitgenössischer Literatur. Begleitband zu einer Ausstellung des Deutsch-Französischen Instituts. Ludwigsburg 2007.
18. Filipová, Lucie, Die Beziehungen zwischen der BRD und Frankreich (1949–1974): Demokratisierung als Weg zu modernen bilateralen Beziehungen. Prazké Socialne Vedni Studie 2008.
19. Gehler, Michael, Deutsch-französische Union oder Achse Berlin-Moskau-Peking? 1955/56. In: Mareike König/Matthias Schulz, 2004. S. 528-536.
20. Geiss, Peter, Beyond National Narratives - a French-German

Contribution to the Making of European History. In: Oliver Rathkolb (Hg.), *How to (Re)Write European History*. Innsbruck 2010. S. 189-204.

21. Gerbet, Pierre, *La Construction de l'Europe*. Paris 1983.
22. Germond, Carine, *Un traité mort-né? Les relations institutionnelles franco-allemandes dans le cadre du traité de l'Elysée (1963-1969)*. In: Martial Libera/Birte Wassenberg (Hg.), *L'Europe au cœur. Etudes pour Marie-Thérèse Bitsch*. Bruxelles 2009. S. 117-140.
23. Grosser, Alfred, *L'Allemagne de l'Occident 1945-1952*. Paris 1953.
24. Grosser, Alfred, *Deutschland-Frankreich: die Perspektiven*. In: Knipping, Franz/Weisenfeld, Ernst (Hg.): *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland - Frankreich seit 1870*. Bonn 1988. S. 187-198.
25. Heinen, Armin, *Politische, kulturelle und ökonomische Voraussetzungen wirtschaftlicher Integration. Das Saarland im französischen Wirtschaftsraum, 1945-1956*. In: Beiheft 21 *Historische Zeitschrift*, 1995, S. 129-142.
26. Hell, Françoise, *Le problème de l'admission de l'Allemagne au Conseil de l'Europe, 1948-1951*. Mémoire DEA, Strasbourg III, 1991.
27. Hudemann, Rainer, *Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945-1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik*. Mainz 1988.
28. Hudemann, Rainer, *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland*. In: Franz Knipping/Jacques Le Rider (Hg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950*. Tübingen 1987, S. 15-33.
29. Hudemann, Rainer, *Frankreich und der Kontrollrat 1945-1947*.

In: Manfrass, Klaus/Rioux, Jean-Pierre (Hg.), France-Allemagne 1944-1947. Paris 1990. S. 97-118.

30. Hudemann, Rainer, De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945. In: Wilfried Loth/Robert Picht (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa. Opladen 1991. S. 153-167.
31. Hudemann, Rainer, Die Besatzungsmächte und die Entstehung des Landes Baden-Württemberg. In: Meinrad Schaab/Gregor Richter (Hg.), Baden-Württemberg und der Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989). Stuttgart 1991. S. 1-18.
32. Hudemann, Rainer/Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.), Europa im Blick der Historiker. Beiheft 21 der Historischen Zeitschrift (HZ), 1995, S. 105-128.
33. Hudemann, Rainer, Die französische Besatzung in Deutschland nach 1945. In: Gruner, Wolf D./Klaus-Jaeger, Susanne, Die deutsche Zeitungsberichterstattung über Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg. In: conflict & communication online, Vol. 2, No. 2, Berlin 2003.
34. Hudemann, Rainer, L'occupation française après 1945 et les relations franco-allemandes. In: Marie-Bénédicté Vincent (Hg.), La dénazification. Paris 2008. S. 189-210.
35. Hudemann, Rainer, La France face à l'émergence de la République Fédérale de l'Allemagne. In: Michel Demoulin/Jürgen Elvert/Sylvain Schirmann (Hg.), Ces chers voisins. Stuttgart 2010. S. 45-61.
36. Hudemann, Rainer, Partenaires - Opposants - Moteurs? De la dynamique du franco-allemand depuis 1945. In: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Bd. 37, 2010, S. 219-235.
37. Hudemann, Rainer/Heinen, Armin, Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa, 1945-1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Saarbrücken 2007.
38. Hürten, Heinz, Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen:

Die Rolle der katholischen Kirche und der christlich-demokratischen Parteien. In: Manfrass, Klaus/Rioux, Jean-Pierre (Hg.), France-Allemagne 1944-1947. Paris 1990, S. 255-264.

39. Hüser, Dietmar, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive - Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und aussenpolitischen Krisenzeiten 1944-1950. Berlin 1996.
40. Hüser, Dietmar, Frankreich in den internationalen Beziehungen des kurzen 20. Jahrhunderts. In: Historische Zeitschrift 281, 2005, S. 683-695.
41. Jeismann, Michael, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1918. Stuttgart 1992.
42. Jurt, Joseph (Hg.), Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse. Freiburg i. Br. 1992.
43. Jurt, Joseph (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation. Freiburg i. Br. 1993.
44. Jurt, Joseph, Ein transnationales deutsch-französisches literarisches Feld nach 1945? In: Patricia Oster/Hans-Jürgen Lüsebrink (Hg.), Am Wendepunkt. Deutschland und Frankreich um 1945 - zur Dynamik eines „transnationalen“ kulturellen Feldes. Frankreich-Forum, Bd. 7. Bielefeld 2008, S. 189-230.
45. Jurt, Joseph, Besatzer, Umerzieher oder Vermittler. Kultur- und bildungspolitisch Verantwortliche in der französischen Besatzungszone: Das Beispiel von Jacques Lacant, Kurator der Universität Freiburg 1945-1950 (im Druck).
46. Kaelble, Hartmut, Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. München 1987.
47. Kimmel, Adolf/Jardin, Pierre (Hg.), Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Opladen 2002 (Frankreich Studien Bd. 6,

Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg). Im Vorjahr in einer französischen Version publiziert.

48. Klotzbach, Kurt, Die deutsche Sozialdemokratie und der Schuman-Plan. In: Klaus Schwabe (Hg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Baden-Baden 1988. S. 333-344.
49. Knipping, Franz/Le Rider, Jacques (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945 - 1950. Tübingen 1987.
50. Knipping, Franz/Weisenfeld, Ernst (Hg.), Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland - Frankreich seit 1870. Bonn 1988. (Tagung zum 25. Jahr des Elysée-Vertrags von 1963. Insbesondere mit einem Beitrag von Knipping, Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945-1950. S. 141-155.)
51. Koch, Ursula E./Schröter, Detlef/Pierre, Albert (Hg.), Deutsch-französische Medienbilder. Journalisten und Forscher im Gespräch. Images Médiatiques franco-allemandes. Un dialogue entre journalistes et chercheurs. München 1993.
52. Koch, Ursula E., „Le couple franco-allemand, l'Europe et la médiatisation de l'histoire par les caricaturistes (1945-2003)“. In: Michel Mathien (Hg.), La médiatisation de l'histoire. Ses risques et ses espoirs. Brüssel 2005, S. 193-220.
53. Koch, Ursula E., „Die ARD im Dienst der Völkerverständigung. Ein Fallbeispiel: Der Bayerische Rundfunk und Frankreich nach Abschluss des Elysée-Vertrags (22. Januar 1963)“. In: Markus Behmer/Bettina Hasselbring (Hg.), Radiotage, Fernsehjahre. Interdisziplinäre Studien zur Rundfunkgeschichte nach 1945. Münster 2006, S. 267-288.
54. König, Mareike, Die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik in Le Monde und Le Figaro 1950-1955. In: Mareike König/ Matthias Schulz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Stuttgart 2004, S. 401-421.
55. König, Mareike/Schulz, Matthias (Hg.), Die Bundesrepublik

Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Stuttgart 2004.

56. Kreis, Georg, L'Entente cordiale, une entente anti-allemande? In: Relations internationales Nr. 117, printemps 2004, S. 39-54.
57. Kreis, Georg, Frankreichs republikanische Grossmachtspolitik. 1870-1914. Innenansicht einer Aussenpolitik. Mainz 2007.
58. Krieger-Gauzy, Florence, in: Corine Defrance/Ulrich Pfeil: 1963: année pivot des relations franco-allemandes? - Der Blick des Historikers auf den Elysée-Vertrag, in: historicum.net, http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/1925/ (Stand: 21.03.2011).
59. Kwaschik, Annett, Auf der Suche nach der deutschen Mentalität. Der Kulturhistoriker und Essayist Robert Minder, Göttingen 2008.
60. Lappenküper, Ulrich, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. 2 Bde. München 2001.
61. Libera, Martial, Un rêve de puissance: la France et le contrôle de l'économie allemande, 1942-1949. Diss. Universität Strassburg III, 2007.
62. Loth, Wilfried, Die französische Deutschlandpolitik und die Anfänge des Ost-West-Konflikts. In: Manfrass, Klaus/Rioux, Jean-Pierre (Hg.), France-Allemagne 1944-1947. Paris 1990, S. 83-96.
63. Maelstaf, Geneviève, Que faire de l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande (1945-1950). Paris 2000.
64. Maillard, Pierre, De Gaulle et l'Allemagne. Paris 1990.
65. Marcowitz, Rainer, Idealistische Aussöhnung oder realistisches Machtkalkül? Eine (Forschungs)Bilanz der Frankreichpolitik Adenauers, 1949-1963. In: Schwabe, 2005, S. 14-39.
66. Mehdorn, Margarete, Französische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Konzepte und zivilgesellschaftliche Initiativen 1945-1970. Köln 2009.

67. Miard-Delacroix, Hélène, Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis heute. Deutsch-Französische Geschichte, 11. Darmstadt 2011.
68. Miard-Delacroix, Hélène/Hudemann, Rainer (Hg.), Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre. München 2005, S. 217-220.
69. Müller, Guido, Theodor Heuss, die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Einigung. In: Mareike König/Matthias Schulz (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949-2000. Stuttgart 2004. S. 61-84.
70. Müller, Wolf D./Grunner, Klaus-Jürgen (Hg.), Über Frankreich nach Europa. Hamburg 1996.
71. Nordblom, Pia, Zur Rolle der Grenzgebiete im Prozess der bilateralen Annäherung. Das Beispiel der literarischen Vereinigungen (seit 1945). In: Defrance, 2010, S. 291-309.
72. Pabst, Wilfried, Das Jahrhundert der deutsch-französischen Konfrontation. Ein Quellen- und Arbeitsbuch zur deutsch-französischen Geschichte von 1866 bis heute. Hannover 1983.
73. Poidevin, Raymond/Bariéty, Jacques, Les relations franco-allemandes. 1815-1975. Paris 1977.
74. Poidevin, Raymond, Robert Schumann, homme d'Etat, 1886-1963. Paris 1986.
75. Poidevin, Raymond, Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 - aus einer Zwangslage geboren? In: Ludolf Herbst, Vom Marshallplan zur EWG. München 1990. S. 257-262.
76. Prettenthaler-Ziegerhofer, Anita/Kissener, Michael/Kusber, Jan (Hg.), Zwischenräume. Grenznahe Beziehungen in Europa seit den 1970er Jahren. Innsbruck 2011.
77. Recker, Marie-Luise, Europa im Denken und Handeln Konrad Adenauers (1917-1949). In: Sylvain Schirmann (Hg.), Robert Schuman et les Pères de l'Europe. Bruxelles 2008. S. 133-147.

78. Rovan, Joseph, France Allemagne. Deux nations, un avenir. Paris 1988. Deutschsprachige Erstausgabe 1986.
79. Rücker, Katrin/ Warlouzet, Laurent (Hg.), Quelle(s) Europe(s)? Nouvelles approches en histoire de l'intégration européenne. Which Europe(s)? New approaches in European Integration history. Euroclio No. 36, Études et documents. Bruxelles 2006.
80. Schirmann, Sylvain (Hg.), Robert Schuman et les Pères de l'Europe. Bruxelles 2008.
81. Schwabe, Klaus (Hg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Baden-Baden 1988.
82. Schwabe, Klaus (Hg.), Konrad Adenauer und Frankreich 1949-1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. Bonn 2005.
83. Schwarz, Hans-Peter, Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich. Amitié héréditaire. Adenauer et la France. Bonn/Berlin 1992.
84. Schwarz, Hans-Peter, Begegnungen an der Seine. Deutsche Kanzler in Paris. Zürich 1993.
85. Soutou, Georges-Henri, L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954-1996. Paris 1996.
86. Soutou, Georges-Henri, Les Accords de Paris. Une étape diplomatique traduisant les mutations européennes des années cinquantes. In: Miard-Delacroix, Hélène/Hudemann, Rainer (Hg.), Wandel und Integration. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre. München 2005, S. 47-52.
87. Strickmann, Martin, L'Allemagne nouvelle contre l'Allemagne éternelle. Die französischen Intellektuellen und die deutsch-französische Verständigung 1944-1950. Frankfurt a. M. 2004. (Von Georges-Henri Soutou angeregt.)
88. Trausch, Gilbert, Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität.

Der Stellenwert des Schuman-Plans. In: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble, Klaus Schwabe (Hg.), Europa im Blick der Historiker. Beiheft 21 der Historischen Zeitschrift (HZ), 1995, S. 105-128.

89. Vaïsse, Maurice, La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle (1958-1969). Paris 1999.
90. Vaïsse, Maurice/Wenkel, Christian, La diplomatie française face à l'unification allemande. Paris 2011.
91. Wilkens, Andreas (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945-1960. Sigmaringen 1997.
92. Wilkens, Andreas (Hg.), Le plan Schuman dans l'Histoire: Intérêts nationaux et projet européen. Brüssel 2004.
93. Wolfrum, Edgar, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Düsseldorf 1991.
94. Ziebura, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Stuttgart 1997 (1. Aufl. 1970).

II. La réconciliation à l'épreuve de la réunification. Les réactions des Français face à une grande Allemagne en 1989-1990.

Marie-Noëlle Brand Crémieux

Les réactions françaises en 1989-1990 apportent des clés de compréhension à cette réconciliation et au passage des sentiments de haine et de peur à celui de confiance. Le processus s'ancre dans la longue durée et les années de l'immédiat après-guerre ont été déterminantes: contexte international et appartenance de la France et de la RFA au camp occidental; participation à la construction européenne et mise en place de projets et d'institutions communes; partage de valeurs et volonté de rapprocher les populations.

De novembre 1989 à mars 1990, une série de sondages montrent que les Français acceptent, voire souhaitent majoritairement la réunification de l'Allemagne: en novembre 71% la jugent souhaitable, 13% la rejettent, 15% sont sans opinion; en janvier une enquête donne 61% favorables, 15% opposés, 19% indifférents, 6% qui ne savent pas; un autre sondage révèle que 73% considèrent la réunification comme une bonne chose, 27% pensant le contraire; deux semaines plus tard 58% veulent la réunification, 28% préfèrent le maintien de deux Etats, 14% sont indécis; début mars, 71% sont en faveur d'une Allemagne réunifiée, 13% sont contre, 17% ne se prononcent pas.¹ La

1 Enquête SOFRES-Figaro du 21 au 23 novembre 1989, in CORNUT-GENTILLE, François, et ROZES, Stéphane, « La réunification vue de l'hexagone: les Français engourdis », L'état de l'opinion, Paris, SOFRES-Seuil, 1991, p. 78; Sondage réalisé par The Economist, The Los Angeles Times, MORI du 19 au 22 janvier 1990, in The Economist, 27 janvier 1990; Sondage RES-L'expansion, réalisé du 10 au 20 janvier 1990, in « Sondage: les Français l'éclairaient, les Allemands aussi », L'Expansion, 22

constance des résultats et le nombre élevé de réponses favorables démontrent une conviction bien établie. Les Français expriment leur sympathie pour les Allemands de l'Est. Ils considèrent la réunion des Allemands comme légitime en vertu du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes et veulent respecter leur choix. Enfin ils ne voient pas comment on pourrait empêcher les Allemands de s'unir. Ils manifestent toutefois de l'appréhension ou de la crainte face à la puissance économique de l'Allemagne réunifiée.

Dans la presse, la plupart des articles ont un ton modéré. Ils n'expriment aucune opposition à la réunification, mais plutôt des réflexes de conservatisme liés à la stabilité du continent européen et la crainte d'un déséquilibre franco-allemand, notamment en terme de puissance politique. La classe politique est plus partagée. Les démocrates-chrétiens et les gaullistes sont immédiatement favorables à la réunification. S'inscrivant dans l'héritage de Robert Schuman ou du général de Gaulle, ils mettent en avant la coopération franco-allemande et l'importance du couple franco-allemand, les démocrates-chrétiens se référant aussi à la RFA du chancelier Adenauer. L'UDF de Valéry Giscard d'Estaing se montre peu enthousiaste, craignant surtout que la construction européenne ne soit compromise par une réunification de l'Allemagne et redoutant un déséquilibre entre la France et l'Allemagne unifiée. Le PS mise pendant plusieurs mois sur la réforme de la RDA où triompheraient les valeurs de la social-démocratie. Tous s'accordent toutefois sur un point: la relation privilégiée établie avec la RFA depuis les années 1950 doit être cultivée et la France doit éviter toute action qui pourrait contrecarrer son partenaire et remettre en question cette relation. A l'issue du processus de réunification, les personnalités politiques se déclarent généralement satisfaites car le traité «2 + 4» offre toutes

janvier 1990; Sondage SOFRES-La Croix-L'Événement effectué du 28 février au 3 mars, in « Sondage sur l'unité allemande », La Croix, 9 mars 1990.

les garanties nécessaires pour la sécurité et la stabilité en Europe²: la réunification symbolise la fin de la guerre froide et de la Seconde Guerre mondiale, «la véritable, et définitive défaite du nazisme»³. Elle marque «le triomphe de nos valeurs, des valeurs de liberté»⁴. «(P)ouvait-on rêver un meilleur scénario, un contexte plus rassurant, des conditions plus favorables?»⁵; l'Allemagne unie demeure membre de l'OTAN; la réunification se fait dans le cadre de la Communauté européenne renforcée par les projets d'Union économique et monétaire et d'Union politique proposés par le couple franco-allemand au Sommet européen d'avril 1989; la nouvelle Allemagne correspond à la RFA agrandie des *Länder* de l'Est, c'est-à-dire à «une Allemagne de démocratie et de paix»⁶, intégrée dans le monde occidental et avec laquelle les Français ont pu se réconcilier après 1945.

Seule une minorité réagit avec hostilité à la perspective d'une Allemagne unie. Ce sentiment touche plutôt les générations qui ont vécu la guerre. Il s'exprime particulièrement chez les résistants et les déportés, ainsi que dans une partie de la communauté juive. Il est très marqué du côté des communistes et de la droite nationaliste qui se distinguent par des propos germanophobes présentant la réunification comme un danger.⁷

2 Voir les déclarations in Assemblée nationale, « Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, discussion d'un projet de loi », Débats parlementaires, Compte-rendu intégral, séance du 13 décembre 1990, pp. 6811-6818; Sénat « Traité portant règlement définitif concernant l'Allemagne, discussion d'un projet de loi », Débats parlementaires, Compte-rendu intégral, séance du 20 décembre 1990, pp. 5382-5386.

3 STASI, Bernard, « Vive la grande Allemagne », Démocratie moderne, 4 octobre 1990. Voir aussi Communiqué du Bureau exécutif du PS, 3 octobre 1990, in PS Info, 3 octobre 1990.

4 CHIRAC, Jacques, cité in BROUSSINE, Georges, « Unification allemande: un problème français », La Lettre de la Nation, 4 octobre 1990.

5 STASI, Bernard, op. cit.

6 BIANCO, Joël, « Un âge de paix », Vendredi, 28 septembre 1990.

7 Cette étude ne permet pas de développer ces positions minoritaires. Pour des

L'appartenance de l'Allemagne unie à l'OTAN

La réunification pose la question de l'appartenance de l'Allemagne unie à l'OTAN. Les élites françaises redoutent une neutralisation de l'Allemagne imposée par l'URSS comme condition à la réunification, neutralisation qui pourrait séduire une bonne partie de la population ouest-allemande perçue, en France, comme pacifiste et favorable au désarmement⁸. Une Allemagne neutre et démilitarisée, alors que l'URSS constitue toujours une menace, affaiblirait le système de défense occidental⁹ et remettrait en cause la politique stratégique de la France¹⁰. Elle compromettrait aussi la mise sur pied d'un pilier européen de défense organisé autour du «noyau franco-allemand».¹¹ La population, quant à elle, n'est guère sensible à ces enjeux et ne croit pas qu'une réunion des deux Allemagnes soit dangereuse pour la paix.¹² En 1989-1990, les Français n'ont plus peur du militarisme

allemand et la perspective d'un retour à une grande Allemagne ne modifie pas cet état d'esprit. Dans les milieux informés, on craint plutôt un affaiblissement militaire de l'Allemagne. Depuis les années 1950, du fait d'un changement de contexte international, les deux anciens ennemis se trouvent insérés dans le même système d'alliance face à un ennemi comme: l'URSS. Non seulement ils appartiennent au même camp, mais, pour la France, l'Allemagne occidentale joue un rôle de

informations plus détaillées, voir BRAND CREMIEUX, Marie-Noëlle, *Les Français face à la réunification allemande*, Paris, L'Harmattan, 2004.

8 Voir BRAND CREMIEUX, Marie-Noëlle, *op. cit.*, pp. 178-179.

9 CHIRAC, Jacques, cité in BROUSSINE, Georges, « Sommet de l'OTAN, les ratages de M. Mitterrand », *La Lettre de la Nation*, 9 juillet 1990; BALLADUR, Edouard, « Pour l'Union européenne », *Le Monde*, 9 février 1990.

10 BOZO, Frédéric et PAOLINI, Jérôme, « Trois Allemagnes, deux Europes et la France », *Politique étrangère printemps 1990*, p. 121.

11 LAMASSOURE, Alain, in *Assemblée nationale*, « La France et l'avenir de l'Europe », *Débats parlementaires. Compte-rendu intégral*, séance du 10 avril 1990, p. 207.

12 *Ibid.*, pp. 41-43.

glacis face à la menace soviétique. La RFA est une pièce maîtresse de l'OTAN et la France a conçue sa politique stratégique autour de la position de la RFA dans l'alliance. Par ailleurs, un partenariat s'est mis en place, avec pour objectif, aussi bien pour les dirigeants français que pour les dirigeants allemands, de renforcer le poids de l'Europe au sein de l'alliance.¹³ Les considérations stratégiques ont donc été déterminantes pour permettre le rapprochement franco-allemand dans les années 1950 et l'approfondir au point d'aboutir à partir des années 1980 à un degré de coopération telle que le «noyau franco-allemand» s'affirme comme la base d'une défense européenne.

L'importance de l'Europe communautaire

L'autre point essentiel abordé par les élites est celui de l'Europe communautaire. En 1989-1990, les Français sont convaincus du rôle que peut jouer la Communauté pour garantir la stabilité et «structurer convenablement l'architecture future du continent»¹⁴. Elle est aussi un moyen, pour la France, de s'affirmer face aux grandes puissances comme les Etats-Unis, l'URSS ou la Chine et d'avoir une influence sur la scène internationale¹⁵. Or l'Europe ne peut se faire sans le partenaire allemand. La question se pose de savoir si la construction européenne continuera avec l'Allemagne unie comme elle s'est faite avec la RFA. Une grande majorité des Français, 66 à 80% selon les sondages, ont confiance dans l'engagement européen des

13 Les accords de Colomb-Béchar prévoyant une coopération militaire et une coordination des ressources et des moyens technologiques, scientifiques et industriels sont ainsi signés en 1957. Voir SOUTOU, Georges-Henri, *L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954-1996*, Paris, Fayard, 1996, p. 74.

14 « La Communauté d'abord », *Le Monde*, 8 décembre 1989.

15 Voir par exemple, ROVAN, Joseph, « L'heure des deux unités », *Le Monde*, 2 mars 1990.

Allemands.¹⁶ Du côté des élites, on pense que l'Allemagne unie pourrait poursuivre des intérêts économiques et commerciaux, et chercher à créer une zone d'influence en Europe centrale. Certains n'excluent pas qu'elle se désintéresse de la Communauté, «si les convergences d'intérêts entre les Etats qui formaient jadis la Mitteleuropa venaient à l'emporter sur les solidarités européenne»¹⁷. Mais d'une manière générale, on ne croit guère qu'elle puisse reprendre une politique de «Sonderweg».¹⁸ Les journalistes et la classe politique craignent surtout que les Allemands ne privilégient la réunification au détriment de la Communauté et que le processus de construction européenne ne soit freiné. Ils insistent donc sur la nécessité d'obtenir du chancelier Kohl des engagements rapides sur la mise en place d'une Union économique et monétaire et d'une Union politique.

Les élites pensent unanimement que l'Allemagne unie sera plus puissante économiquement et politiquement, et qu'elle dominera l'Europe. Décalée vers l'Est, placée au cœur du continent, dotée d'une influence en Europe centrale, elle sera la pierre angulaire de la nouvelle architecture européenne, et la «maîtresse du jeu pan-européen et international»¹⁹, tandis que la France se retrouvera en périphérie et perdra de son poids politique. Face à la renaissance de la puissance allemande au centre de l'Europe, la réaction la plus communément observée n'est plus une peur de l'impérialisme allemand ou du pangermanisme, mais le sentiment de se trouver dans une situation de concurrence en terme de pouvoir politique en Europe. Pour limiter une influence allemande grandissante, le meilleur moyen est d'associer toujours plus étroitement le voisin d'outre-Rhin à la

16 Voir, BRAND-CREMIEUX, Marie-Noëlle, op. cit., pp. 44-45.

17 AUTEXIER, Jean-Yves, in Assemblée nationale, « Discussion à propos du projet de loi militaire », Débats parlementaires, Compte-rendu intégral, séance du 3 octobre 1989, p. 3053.

18 BRAND CREMIEUX, Marie-Noëlle, op. cit., pp. 203-205.

19 LE GLOANNEC, Anne-Marie, La Nation orpheline. Les Allemagnes en Europe, Paris, Fondation Saint-Simon/Calman-Lévy, 1989.

Communauté européenne. D'où la nécessité d'avancer vers l'Union économique et monétaire et l'Union politique: «ce que la France perd en autonomie, elle le gagne en influence. Elle peut jouer un rôle actif dans les institutions européennes. La coopération franco-allemande permet de peser sur les choix de l'Allemagne».²⁰ Du côté français, la construction européenne était à l'origine un moyen de contrôler l'Allemagne. En 1989-1990 cet objectif reste présent. Comme au moment de la création de la CECA, la France est prête à abandonner une part de sa souveraineté puisque l'Allemagne fera de même. Il s'agit d'encadrer la puissance allemande par le biais de la coopération et de mettre cette puissance au service du projet commun qui est l'Europe. Ainsi «(l)'Allemagne solidement arrimée à la Communauté, peut jouer tout son rôle en Europe centrale» et constituer une «force» pour la Communauté.²¹ La réconciliation franco-allemande repose donc sur la construction de l'Europe, en même temps qu'elle en constitue le pilier.

La confiance dans l'Allemagne

En 1989-1990, la grande majorité des Français expriment de la confiance à l'égard du voisin allemand. Ils associent l'Allemagne à la République fédérale, Etat démocratique, pacifique, occidental et européen, avec lequel ils ont une communauté de valeurs.²² Les

20 GISCARD D'ESTAING, Valéry, in « Resserer le couple franco-allemand », UDF-INFO, mars-avril 1990.

21 BETTENCOURT, André, in Sénat, « Europe, débat sur la déclaration du gouvernement », Débat parlementaires, Compte-rendu intégral, Séance du 27 juin 1990, p. 2178.

22 CUAU, Yves, « Les Français doivent-ils avoir peur de l'Allemagne? », L'Express, 9 mars 1990; FONTAINE, André, « Ne pas se tromper d'Allemagne », Le Monde, 28 avril 1990; GROSSER, Alfred, « Bonn et Berlin », La Croix, 27 septembre 1989; MALLET, Jacques, « Réunification de l'Allemagne: les grandes manœuvres », La Croix, 15 février 1990; ROVAN, Joseph, « L'unification allemande, une chance pour

Français sont conscients que les Allemands ont changé. Ils n'ont plus l'esprit nationaliste; ils pensent surtout à leur confort et à leur niveau de vie. Les stéréotypes anciens appliqués à l'ennemi héréditaire ne conviennent plus à l'Allemagne d'aujourd'hui qui est une démocratie avancée de type occidental, une société post-nationale, autrement dit un Etat semblable à la France. La réunification se fait par l'adhésion des *Länder* de l'Est à la Loi fondamentale de la RFA et non pas, comme du temps de Bismarck, autour d'une «Prusse impulsive et immature»²³; elle ne se fait pas «par le fer et par le sang» mais par les attraits de la consommation, de la démocratie, de liberté.²⁴ La République fédérale est aussi l'Allemagne du «couple» franco-allemand, celle qui, comme la France, a été capable de dépasser les antagonismes hérités de l'histoire et a voulu construire un avenir sur la base d'un nouveau rapport entre les deux pays. Elle est l'«amie», l'«alliée»²⁵. L'utilisation des mots «couple» ou «ami» va au-delà de la simple communauté de valeurs ou d'intérêts et montre une relation personnalisée, une intimité entre deux peuples aux destins liés.

A côté de l'image de la RFA perdue, chez les élites, une image de l'Allemagne prussienne. La Prusse a perdu son caractère négatif. Elle n'est plus associée au militarisme, à l'impérialisme et à la barbarie, comme à l'époque de Bismarck et de Guillaume II. Elle figure surtout une Allemagne décalée vers le centre du continent, influente dans la Mitteleuropa, jouant un rôle de pont entre l'Est et l'Ouest de l'Europe. Le militarisme, l'impérialisme et la barbarie sont désormais associés, dans l'esprit des Français, à l'Allemagne nazie qui représente l'antithèse de la République fédérale. Cette image est dominante

l'Europe », Documents, mars 1990, p. 4..

23 AUFRAY, Alain, « Bismarck, l'autre fondateur », Libération, 3 octobre 1990.

24 La majorité des Français pensent que les Allemands de l'Est qui passent à l'Ouest sont attirés par la liberté, la démocratie, le mode de vie occidental, voir BRAND CREMIEUX, Marie-Noëlle, op. cit., chapitre 2.

25 JULLIARD, Jacques, « L'Allemagne m'inquiète... », Le Nouvel Observateur, 7 février 1990.

chez ceux qui ont encore une mémoire vive de la Seconde Guerre mondiale. Elle est aussi présente dans les manuels scolaires qui consacrent une large partie des programmes à l'étude de la Seconde Guerre mondiale et du nazisme, ainsi que dans de nombreuses émissions télévisées.²⁶ Elle apparaît a contrario à travers celle de la République fédérale et sert implicitement de point de comparaison pour affirmer que l'Allemagne a changé. Si les Français ont toujours en tête l'image de l'Allemagne nazie, ils savent qu'elle ne correspond en rien l'Allemagne contemporaine.

La confiance et l'image positive que les Français ont de leur voisin résulte du travail entrepris dès l'immédiat après-guerre par des réseaux sociaux animés par des intellectuels et des hommes de terrains qui veulent établir une paix durable entre les deux peuples. Ils cherchent à détruire les préjugés négatifs et à changer les mentalités par des actions concrètes de rapprochement des populations. La jeunesse est pour eux le public cible. Des rencontres de jeunes Français et Allemands sont organisées. L'enseignement scolaire et l'écriture de l'histoire sont aussi perçus comme un moyen d'influer sur les nouvelles générations. Des historiens et des professeurs d'histoire français et allemands travaillent ensemble afin de mettre au point un enseignement de l'histoire dépourvu d'accents nationalistes et de stéréotypes négatifs. Ces réseaux rencontrent un écho favorable de la part des autorités françaises dont la politique d'occupation vise un objectif de démocratisation et de transformation de la société allemande. A partir des années 1950, les gouvernements français et allemands s'engagent eux-mêmes dans la voie de la coopération. En 1963, le Traité de l'Elysée institutionnalise l'«amitié franco-allemande». Les tandems De Gaulle/Adenauer, Giscard d'Estaing/Schmidt, Mitterrand/Kohl imposent l'image de la réconciliation et la font progressivement entrer dans la mémoire collective. La transition

26 Voir notamment MENUJER, Henri, *Das Deutschlandbild der Franzosen in den 70er Jahren: gesammelte Aufsätze. 1973-1980*, Bonn, Europa Union Verlag, 1981.

s'effectue lentement et ce n'est qu'à partir des années 1970 que les Français commencent à éprouver de la sympathie pour les Allemands et qu'ils considèrent l'Allemagne comme « amie » de la France.²⁷

Après la Seconde Guerre mondiale, les contraintes internationales et les impératifs de politique étrangère font naître entre les deux anciens ennemis une communauté d'intérêts stratégiques et politiques. Elle les conduit à construire un avenir commun par la mise en place de projets de coopérations bilatérale et européenne toujours plus étroits, qui ne peuvent et ne doivent être remis en cause par la réunification de l'Allemagne. Parallèlement, s'impose au niveau des dirigeants français et allemands, la volonté d'associer les populations à l'entreprise de rapprochement afin d'aboutir à une réconciliation durable. Les réseaux issus de la société civile, par leurs idéaux et par leur travail de terrain, jouent un rôle essentiel pour inciter les peuples à vivre ensemble avec leur passé de guerre, d'occupation et de violence, et à accepter le projet d'avenir commun proposé au niveau politique.

La politique de réconciliation franco-allemande a réussi à changer l'esprit des Français et à leur faire abandonner les références à l'ennemi héréditaire. Elle a forgé une image positive de l'Allemagne, celle de la République fédérale, et leur a permis de se trouver des éléments identitaires communs avec les Allemands. En 1989-1990, les Français étaient donc prêts pour accepter la réunification de l'Allemagne.

27 MENUQUIER, Henri, op. cit., p. 9; KOLBOOM, Ingo, Vom geteilten zum vereinigten Deutschland. Deutschlandbilder in Frankreich, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, 61, Bonn, 1991, p. 27.

ISBN-13: 978-3-905751-19-2

ISBN-10: 3-905751-19-4

Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27, CH-4020 Basel,
Schweiz, Tel. ++41 (0) 61 317 97 67, FAX ++41 (0) 61 317 97 66
E-mail: europa@unibas.ch, Internet: www.europa.unibas.ch

© Europainstitut der Universität Basel 2011

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie die Verbreitung auf elektronischem, photomechanischem oder sonstigem Wege bedürfen einer schriftlichen Genehmigung des Europainstituts.